

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- ***Unter dem Banner des Vorurteils. Mehrheitsgesellschaft auf dem Weg zur Bekennnisgemeinschaft? – Seite 4***
- ***Streikbewegung im öffentlichen Dienst – Seite 8***
- ***Sprachförderung in der Schule durch Sprechverbot in den Pausen? Akzeptanz und Förderung der Mehrsprachigkeit führen zum Erfolg! – Seite 12***
- ***Lidl und der Menschen Recht – Seite 14***
- ***Arbeitspolitik kontrovers: Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien – Seite 19***

Ausgabe Nr. 3 am 10. Februar 2006, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier allerLänder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Erneut Verurteilung von Kurden

Azadi, 6.2. alk. Das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf verurteilte am 3. Februar 2006 die kurdischen Politiker Hasan Ay und Vehbi Azak wegen Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung“ (§ 129 Strafgesetzbuch) zu Freiheitsstrafen von zwei Jahren und 10 Monaten bzw. zwei Jahren. Der Haftbefehl von Vehbi A. wurde nach Urteilsverkündung aufgehoben. Ihm hatte die Bundesanwaltschaft (BAW) in ihrer Anklageschrift ferner vorgeworfen, an einer gemeinschaftlich begangenen gefährlichen Körperverletzung beteiligt gewesen zu sein. Doch sah das Gericht eine Beteiligung von Vehbi Azak an dieser von der Anklage als „Bestrafung“ klassifizierte Aktion als nicht erwiesen an. In einer persönlichen Erklärung vom 12. bzw. 13. Januar 2006 räumten die beiden Politiker ein, als Funktionäre für den Kongra-Gel politisch verantwortlich tätig gewesen zu sein, weil sich dieser „die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft zum Ziel“ gesetzt habe – „gegen Nationalismus und religiösen Fanatismus“. Den beiden Kurden konnte ferner nicht zur Last gelegt werden, selbst Straftaten im Rahmen von so genannten „heimatgerichteten Aktivitäten“ wie das Schleusen von Kadern oder Fälschen von Dokumenten begangen zu haben. Doch im Rahmen einer Anklage nach §129 StGB genügt es, Kenntnis hiervon zu haben.

Der Rechtshilfeverein Azadi meint, das Urteil sei insoweit zu begrüßen, als die Richter den Versuchen der Bundesanwaltschaft und der Nebenklage nicht gefolgt sind, einen der Angeklagten in eine Straftat zu verwickeln. Doch die Grundlage derartiger Prozesse, das Verbot der politischen Betätigung von PKK/Kongra-Gel, müsse endlich beseitigt werden.

Minister pöbelt gegen Muslime

Stuttgarter Zeitung, 6.2. alk. Der baden-württembergische Europaminister Willi Stächele (CDU) hat in einer Wahlkampfveranstaltung die Stimmungsmache von Seiten der Union gegen muslimische Einwohner weiter angeheizt. Er macht damit deutlich, dass die Interpretation des Leitfadens für die Einbürgerung, den das baden-württembergische Innenministerium herausgegeben hat (wir berichteten), als islamfeindlich zutrifft.

Stächele soll nach Angaben des Regionalfernsehersenders RTF1 erklärt haben: „Der Kollege Innenminister (Heinrich) Rech (CDU) hat mir gesagt, mittlerweile haben wir von den hier lebenden Moslems 21 Prozent, die sagen, der Koran ist nicht mit dem Grundgesetz vereinbar – das macht mich schon stut-

zig. Die 21 Prozent sollen gefälligst wieder weggehen. Das sag ich in aller Deutlichkeit, und da nehm' ich auch kein Blatt vor den Mund. Es kann nicht sein, dass ich mich entschuldigen muss für das deutsche Grundgesetz. Da muss die erste Frage sein: Zählen Sie zu denen, die Schmerzen empfinden, wenn sie vom Grundgesetz hören? Ja? Hier isch die Fahrkart!“ Ein Sprecher des Senders bestätigte die Angaben.

DGB fordert: Übereinkommen zur Heimarbeit ratifizieren

www.dgb.de, 13.1. alk. Der DGB möchte, dass die Bundesregierung ein internationales Schutzabkommen für Heimarbeiter ratifiziert und erhofft sich Unterstützung für dieses Anliegen von den Kirchen. Die Chancen sind allerdings nicht sehr groß, da kaum andere Staaten bislang das Abkommen unterzeichnet haben.

Zur Begründung des Anliegens sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer: „In Deutschland und anderen europäischen Ländern geraten Arbeitnehmerrechte und andere Schutzrechte unter Kostendruck. Um einer globalen Abwärtschraube für arbeitende Menschen entgegenzuwirken, muss den völkerrechtlichen Sozialnormen für menschenwürdige Arbeit weit größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Unter dem Druck des globalen Wettbewerbs verlagern viele Unternehmen ihre Aufträge in Niedriglohnländer und beauftragen örtliche Firmen. Diese wiederum geben ihre Aufträge an Mittelsmänner weiter, die Scheinselbstständige sowie Heimarbeiterinnen für sich arbeiten lassen. Heimarbeiterlöhne beruhen fast überall auf einem Stücklohnssystem mit meist übermäßig langen Arbeitszeiten und der Beschäftigung einer versteckten Armee unbezahlter ‚Assistenten‘ und Kinder. Die gesundheitlichen Gefahren für Heimarbeiter und ihre Angehörigen sind oft groß. So können z.B. die bei der Schuhherstellung entstehenden Gifte in der Wohnung Krankheiten hervorrufen. Die Gewerkschaften sind ebenso wie die Kirchen davon überzeugt, dass die Gewinne der Globalisierung mehr Menschen zugute kommen müssen. Faire Regeln für Handel und Kapitalströme müssen durch faire Sozialregeln ergänzt werden. Die von der IAO – der für Arbeitsnormen zuständigen Völkerrechtsorganisation – festgelegten Kernarbeitsnormen stellen ein Mindestmaß globaler Regeln für die Arbeit in der Weltwirtschaft. Die Weltbank stellt fest, dass die Einhaltung solcher Kernarbeitsnormen zum Wirtschaftswachstum beitragen und die Armut verringern kann. Hierbei ist das völkerrechtliche Übereinkommen zur Heimarbeit von besonderer Bedeutung.“

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Diese vor zehn Jahren verabschiedete Völkerrechtsnorm wurde bisher nur von vier Staaten ratifiziert (Finnland, Irland, Albanien und den Niederlanden). Die deutsche Bundesregierung hat dem Bundestag dieses Übereinkommen erst letztes Jahr zugeleitet, doch eine Unterzeichnung ist nicht geplant.

Wir fordern die Bundesregierung auf, dieses Übereinkommen endlich zu ratifizieren. Eine Anerkennung dieser Norm könnte Signalwirkung für andere Staaten haben. Um zur Überzeugungsarbeit beizutragen, haben wir gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Evangelischen Entwicklungsdienst sowie der Deutschen Kommission Justitia ET Pax eine Broschüre erstellt, die elf gute Gründe nennt, die Heimarbeitskonvention zu ratifizieren. Sie zeigt, wie Menschen, die ums nackte Überleben kämpfen, schrittweise in menschenwürdige Arbeit geführt werden können.“

Auffanglager für Flüchtlinge außerhalb der EU

Heute im Bundestag, 3.2. ril. Der Plan der EU, noch im Jahr 2006 gemeinsam mit den Vereinten Nationen außerhalb der EU-Grenzen erste Auffanglager im Rahmen „regionaler Schutzprogramme“ (Regional Protection Programmes, RPP) für Flüchtlinge zu errichten, ist Gegenstand einer Kleinen Anfrage der Fraktion Die Linke (16/492). Nach Angaben der Regierung sollen in einem Pilotprojekt des RPP Flüchtlinge zunächst in Auffanglager in Tansania, der Ukraine und in Moldawien gebracht werden, „um sie dort über ihre Situation aufzuklären und sie davon abzubringen, sich auf den gefährlichen Weg nach Europa zu machen“. Dies werde von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen, so die Linksfaktion, als „weitere Abschottung des EU-Raumes“ abgelehnt. Ein Wegschieben der Verantwortung in Länder, die der Flüchtlingsproblematik wegen eigener Strukturschwächen nicht gerecht werden könnten, stelle internationale Standards und grundlegende Rechte von Flüchtlingen in Frage. Die Regierung soll darlegen, welche RPP-Vorhaben noch in diesem Jahr als „europäischer Beitrag zur Entwicklung betroffener Staaten“ realisiert werden. Gefragt wird dazu, in welchen Staaten außer Libyen solche Einrichtungen existieren, die als Vorbild für die genannten Schutzzentren dienen können. Außerdem will die Linksfaktion wissen, wie gewährleistet werden soll, weitab von Europa untergebrachte Flüchtlinge vor physischer Gewalt, akutem Versorgungsmangel und anderen Unsicherheiten zu schützen und ob sich eine große Flüchtlingszahl in ohnehin strukturell unversorgten Regionen oder Krisengebieten destabilisierend auswirkt.

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.

Postfach 13 01 48, 33544 Bielefeld, T(05 21)1 43 96-0 F(05 21)1 43 96-19
E-Mail info@bagw.de www.bag-wohnungslosenhilfe.de



Kältetote im Winter 2005/2006

.	Datum	M / F	Alter	Ortsangabe	Ort	Quelle, Datum
1	17.11.05	Burkhard Horstmann	50	geduldetes Matratzenlager unter der Hochbahn am Kottbusser Tor	Berlin	u. a. Tagesspiegel, 14.12.05
2	27.11.05	Mann	52	unter einer Fußgängerbrücke	Dortmund	Westfälische Rundschau online, 28.11.05
3	26.11.05	Mann	53	von einem Jäger entdeckt, in der Nähe einer Futterstelle	Rahden-Tonnenheide Neue Westfälische und dpa, 28.11.05 Minden	
4	18.12.05	Mann	k. A.	im Bauwagen auf einem ehemaligen Fabrikgelände	Berlin	B.Z. und Berliner Morgenpost, 19.12.05
5	2.1.2006	Thomas J.	41	Auf der Treppe der Güterabfertigung am Bahnhof Elsterwerda (Elbe-Elster-Kreis)	Elsterwerda (Elbe-Elster-Kreis)	u. a. Lausitzer Rundschau, 4.1.2006
6	9.01.06	Mann	56	ehemaliges Heizhaus auf dem Gelände der Universität Halle	Halle	u. a. Mitteldeutsche Zeitung, 10.01.2006
7	19./20.1.06	Mann	58.	neben einer Stadtbahnhaltestelle im Degerlocher Wald	Stuttgart	u.a. Stuttgarter Zeitung, 21.01.06, Tagesspiegel 21.01.2006
8	22./23.1.06	Mann	39	in einer Grillhütte	Kostheim bei Wiesbaden	Wiesbadener Kurier, 24.1.06
9	26.01.06	Mann	33	unter dem Balkon eines Mietshauses	Gelsenkirchen	u.a. Neue Ruhr-Zeitung, 28.01.2006

Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., Bielefeld im Februar 2006

Kältetote im Winter 2005/2006:

Diese wohnungslosen Männer sind in diesem Winter erfroren. Es ist nicht auszuschließen, dass es bereits weitere Tote gegeben hat, da die BAG Wohnungslosenhilfe auch erst nachträglich Kenntnis erhält. Die BAG Wohnungslosenhilfe appelliert angesichts der erhöhten Gefahr durch die frostigen Temperaturen, diese wohnungslosen Männer und Frauen ordnungsgemäß und menschenwürdig unterzubringen. Dieser Appell richtet sich vor allem an Kommunen im ländlichen Raum und an Klein- und Mittelstädte. Es ist auffällig, dass in den letzten Wintern überproportional viele Kältetote in Klein- und Mittelstädten und in den ostdeutschen Bundesländern zu beklagen waren. Aber wie die Toten dieses Winters zeigen, sind Wohnungslose auch in Städten mit einem dichteren Hilfeangebot stark gefährdet. Seit Jahren fordert die BAG W die Kommunen auf, von Massenunterkünften Abstand zu nehmen und stattdessen dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten für jeweils nur eine kleinere Zahl von Betroffenen zu schaffen. Benötigt werden Unterkünfte, die ein Mindestmaß an Privatheit garantieren, in denen man sich auch tagsüber aufzuhalten kann und die ggf. auch noch nachts aufgesucht werden können. Es muss Schluss sein mit der rechtswidrigen Befristung des Aufenthaltes auf einen oder wenige Tage pro Monat. Die Stadtverwaltungen sollten telefonische Notrufe einrichten und die Bürgerinnen und Bürger auffordern, diesem Notruf sofort zu melden, wenn sie einen Wohnungslosen sehen, der in Gefahr ist, Opfer der Kälte zu werden.

Schließlich soll die Regierung erläutern, welche Rolle Nichtregierungsorganisationen bei der Planung und Durchführung haben, welche staatlichen Behörden Asylanträge von Flüchtlingen in den Schutzzonen bearbeiten sollen und von welchen Stellen welcher Nation darüber entschieden wird.

Bessere Arbeitsbedingungen für Kraftfahrer

Berliner Zeitung, 3.2., PDS-in-Europa, 2.2. ril. Das Europaparlament hat am 2. Februar nach fünf Jahren dauernden Verhandlungen eine neue Richtlinie über Lenk- und Ruhezeiten für Kraftfahrer verabschiedet. Danach haben Lastwagenfahrer künftig Anspruch auf eine tägliche Ruhezeit von elf Stunden, davon mindestens neun statt bisher acht Stunden an einem Stück. Jeder Fahrer hat zwischen zwei Wochen Anspruch auf eine zusammenhängende Ruhezeit von 45 Stunden. Die tägliche Lenkzeit darf 9 Stunden nicht überschreiten, die wöchentliche nicht länger als 56 Stunden dauern, in zwei aufeinander folgen-

den Wochen sind höchsten 90 Stunden erlaubt. Der PDS-Europaparlamentarier Helmuth Markov hatte die Richtlinie trotz ihrer Verbesserungen im Vermittlungsausschuss abgelehnt, im Wesentlichen, weil Fahrzeuge unter 3,5 Tonnen von der Richtlinie ausgenommen sind und ihm die Kontrollen zur Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten ungenügend waren. Außerdem gebe es weiterhin je nach Einzelstaat unterschiedliche Sanktionen für Verstöße. In seiner Schlussrede vor der Abstimmung am 2.2. im Europaparlament erklärte Markov: „Wenn man die jetzt zur Debatte anstehenden Dokumente mit den vorher gültigen vergleicht, gibt es keine einzige Verschlechterung, wenn man jedoch die erzielten Kompromisse mit den avisierten Zielen vergleicht, sieht es anders aus.“ Er forderte die Kommission auf, das Verkehrsverhalten der Lastwagen unter 3,5 Tonnen zu untersuchen und die Kontrollen der Lenk- und Ruhezeiten und der Arbeitszeit gemeinsam mit den Unternehmen und den Gewerkschaften zu koordinieren und umzusetzen. **Zusammenstellung: alk**

Unter dem Banner des Vorurteils

In der BRD gelten die Proteste wegen der Karikaturen des Propheten Mohammed in der Presse als weiterer Beweis kultureller Unterlegenheit der islamischen Welt. Durch die Bank sehen die Kommentare die Proteste als reaktionären und aussichtslosen Widerstand gegen die Errungenschaft der Trennung von Kirche und Staat, die, im Westen längst Standard, in der islamischen Welt und im Denken der Muslime erst noch zu vollziehen sei. Solch schnelle Urteile werden der Situation nicht gerecht. Die neuen, im Zuge der Migration entstandenen muslimischen Gemeinden in West- und Nordeuropa propagieren nicht den Gottesstaat, sondern praktizieren ihre Religion in einer säkularen Gesellschaft. Auch in den Ländern, deren Staaten sich unter das Religionsgesetz stellen, richten sich die Proteste nicht gegen den Bruch des islamischen Rechts durch eine dänische Zeitung, sondern gegen die Beleidigung der Muslime in ihren Persönlichkeitsrechten. Der Bezugspunkt der Proteste ist die Störung des religiösen Friedens und der Freiheit, das gewählte Bekenntnis ohne Beleidigung ausüben zu können. Es geht um die Verletzung von Rechtsgütern, die auch die säkulare Welt kennt und die für ihre menschenwürdige innere Organisation bedeutsam sind. Diese Stoßrichtung der Proteste wäre immer zu berücksichtigen, selbst wenn, wie es leicht sein könnte, auch Überempfindlichkeit religiösen Fühlens vorliegt und manche Proteste aus dem Rahmen fallen.

Über diesen wohl kaum zu bestreitenden Sachverhalt setzen sich die Medien hinweg, in ihrer Argumentation fallen den Muslimen Rollen zu im Spektrum zwischen „kulturell zurückgeblieben“ und „gefährlich fanatisch“; für die Muslime bedeutet das eine Erweiterung der Kränkung, vom engen Bereich der Religion auf den erweiterten der kulturellen Zugehörigkeit. Der größte Schaden entsteht jedoch bei dem Publikum in den Ländern der westlichen Wertegemeinschaft, das nicht in seinem kritischen Vermögen angesprochen und nicht zur

Reflexion angeregt wird.

Da ausgebendet wird, in welchem Kontext jene Zeichnungen entstanden und zu welchem Ziel sie veröffentlicht wurden, wird nicht ein Konflikt dargestellt, sondern vorweg Partei ergriffen. Wenn aber jene Zeichnungen Fremdenfeindlichkeit aktivieren, wenn sie religiöses Bekenntnis und Verbrechen assoziativ verknüpfen wollen? Verständigerweise könnten diese Publikationen dann nicht mehr ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Freiheit der Meinungsäußerung beurteilt werden.

Es gibt ein starkes Anzeichen, dass die westliche Wertegemeinschaft in dieser Sache sich eng unter dem Banner des Vorurteils sammelt. Man schenkt sich nämlich die ganz naheliegende Frage, warum so viele Muslime sich wegen jenen Publikationen so sehr aufregen, sondern ist sich vorweg einig, dass diese Leute sich eigentlich nicht aufzutragen bräuchten und wenn schon, dann nicht so. Doch der Reihe nach.

Muslimische Gemeinden in der EU – die Präsenz des Fremden zwingt zur Rechtfertigung des Hergebrachten.

Die weltweite Migration hat dazu geführt, dass in kulturell homogenen bzw. homogenisierten Ländern ein neues Nebeneinander religiöser Gemeinschaften entstanden ist, das auf die geschichtlich gewordene Grenzziehung zwischen der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder familiären Sphäre ein neues Licht wirft.

So ist z.B. der Sonntag der Christen gesetzlich geschützt, der Sabbat der Juden nicht und der Freitag der Muslime auch nicht, von öffentlicher Rücksicht auf hohe und höchste Festtage ganz zu schweigen.

Während nun ein seit drei Generationen kirchenferner Westler Ursprung und Charakter seines Sonntags-Vormittags-Schlafs in keiner Weise wahrnehmen muss, verhält sich's bei Menschen aus dem Kulturkreis des Judentums oder des Islams anders. Wollte man ihnen einreden, die Sonntagsruhe sei eine säkulare, ganz pragmatische Einrichtung, die mit einem Vorrang des Christentums nichts zu tun habe, würden sie mit Recht auf die ganz anders verlaufene Kulturgeschichte verweisen oder, um einen Scherz zu machen, eine Verschiebung auf Montag oder Dienstag vorschlagen, wobei sie sich (zum Zweifel hierzulande freilich nur weniger Buddhisten oder Konfuzianer) gemeinsam auf die ehrwürdige Vorschrift berufen könnten: Am siebten Tage sollst Du ruhen.

Dieses hoffentlich unverfängliche Beispiel soll zeigen, wie schon durch die bloße soziale Präsenz verschiedener Glaubensgemeinschaften die scheinbare klare Grenzziehung zwischen staatlichem und kirchlichem Leben, zwischen Rechtsordnung und Religionspraktiken fragwürdig erscheint und der Glanz perfekter Säkularisation verblasst.

In diesem Zusammenhang stören an



Die Dul dung der Beleidigung eines Unterlegenen durch die Übermacht des Besetzers ist eine böse Sache. Dänemark ist an der Besetzung des Irak mit 500 Soldaten beteiligt.



In Kopenhagen demonstrierten am 5. Februar rund 3000 Menschen unter der Parole „Respekt“. Auf dem Transparent heißt es: „Entschuldigung“. In der Kleinstadt Hillerød protestierten Antifaschisten und islamische Vereinigungen am 4.2. gegen einen antimuslimischen Aufmarsch der faschistischen „Dänischen Front“. Die Polizei reagierte aggressiv mit der größten Massenfestnahme seit den 80er Jahren. 179 Menschen wurden festgenommen.

den fremden Bräuchen nicht die konkreten Praktiken, sondern der relativierende Einfluss auf die eigenen Sitten, besonders wenn sie zu Glaubensfragen verfestigt sind.

Eine Renaissance des Kultus

Mit dem Druck zu Rechtfertigung und Anpassung, der auf den Zuwandernden noch viel schwerer lastet, wussten die muslimischen Gemeinden, die im Zuge der Migration in West- und Mitteleuropa entstanden, bisher ganz gut umzugehen. Die Zuwanderung war durchweg mit dem Ziel verbunden, Arbeit in der Industrie aufzunehmen, und zwar zu den Bedingungen moderner Industrie. Dem haben sich die Formen religiöser Praxis angepasst. Mit der hierzulande üblichen Trennung von Arbeitsleben, staatlichem Leben und religiösem Leben hat man sich arrangieren können. Seitdem allerdings abweisende Migrationsgesetzgebung und lastende Massenarbeitslosigkeit die Voraussetzungen geändert haben, gewinnen die religiöse Einstellung und vor allem die gemeindliche Organisation größere Bedeutung. Die Religions- oder Wertegemeinschaft, eng verflochten mit der Familienbeziehung, wird als Mittel zur Bewältigung von Lebensrisiken interessanter. Es entwickelt sich in allen Bereichen ein Trend zum Rückgriff auf das Traditionelle, und zwar nicht nur im Leben der Minderheiten.

Auch im kulturellen Leben der Mehrheitsgesellschaft wird die Forderung nach Geltung ihrer Bräuche als Leitkultur virulent. Letztlich geht es dabei darum, das moderne Staats- und Rechtswesen durch religiöse Sinnstiftung zu überwölben. Einen kaum zu übersehenden Beleg dafür bietet der Kampf um den „Gottesbezug“ in der EU-Verfassung, der noch keineswegs ausgestanden ist. Die Tendenz der Mehrheitsgesellschaft, ihr Bekenntnis politisch durchzusetzen, erstaunt immer noch.

Im kulturellen Leben der Minderheiten sehen wir erheblichen Anstrengun-

gen, die spezifischen Traditionen und Bräuche, die das Familienleben zusammenhalten, institutionell abzusichern, es entstehen religiös bzw. kulturell ausgeformte Einrichtungen für den Kultus, aber auch für Soziales wie Kindergarten, Altenfürsorge sowie Schulen. Beispiele dafür gibt es in jeder Stadt. Dabei leben auch hier Traditionen auf, die man längst untergegangen hoffte. Es ist harte Reflexions- und Denkarbeit nötig, um das neue religiöse Leben auf die moderne Welt und ihre Erfordernisse gesellschaftlicher Kooperation einzustellen.

Bekenntnisfreiheit

Die über das religiöse Bekenntnis vermittelten sozialen Praktiken entwickeln sich in einem Raum, der durch die Entsolidarisierung im politischen und wirtschaftlichen Leben frei wird. Weil sie aus dem Versagen jener Institutionen Kraft und Legitimation ziehen, neigen sie zu forderndem Auftreten und bewerten ihre Möglichkeiten übertrieben. Sie befinden sich in unaufhörlichen Reibungsprozessen mit der sozialen und politischen Gesellschaft als Ganzer. Wirkungskreis und damit Grenze ihrer Geltungsansprüche wird durch Auseinandersetzung bestimmt.

Die kritischen Prozesse, die zu einer solchen Anpassung führen, ergeben sich jedoch nicht aus den oft gehässigen und fast immer kenntnislosen und vorurteilsbeladenen Anwürfen einer anders eingestellten Umgebung, sondern aus den lebenspraktischen Chancen, die veraltende Religionsvorschriften und Bräuche denen versperren, die ihnen angehören. Dieses spezifische Verfahren der Abgrenzung von Religion und Politik hat sich aus der Erfahrung der sonst kaum vermeidbaren Religionskriege entwickelt. Die Religionsgemeinschaften, denen die Befugnis, irgendwem zum Gehorsam zu zwingen, politisch versagt wird, bleiben ansonsten der Selbstaufklärung überlassen. Die politische Gesellschaft bietet sogar noch weitergehend den Bekenntnisgemeinschaften

einen geschützten Bereich, in dem sie ihr Bekenntnis ungestört pflegen können. Allerdings verbietet die politische Gesellschaft den Bekenntnisgemeinschaften, irgendwem in diesem Sonderbereich durch physischen oder auch psychischen Zwang festzuhalten. Wenn Religionsgemeinschaften – aber auch Familien – Menschen nicht gehen lassen wollen, dann ist der Punkt erreicht, an dem Religion und öffentliche Gewalt aneinander stoßen.

Gibt es Anzeichen dafür, dass die muslimischen Gemeinden beispielweise in der BRD gegen diese politische Ordnung des Landes opponieren? Ihre überall sichtbaren Bemühungen, hier im Land fest Fuß zu fassen, zeigen das Gegenteil an. Sie erfahren – schmerhaft oder befreit – Zugang und Abgang von Gemeindemitgliedern aus eigener ungezwungener Entscheidung. Sie müssen das hinnehmen, und sie nehmen es hin.

Der Islam sieht in Deutschland und unter der Bedingung der vorgefundene politischen Ordnung Entwicklungsmöglichkeiten. Ließen sich muslimisches Leben und Trennung von Kirche und Staat, von Religion und Recht, Gleichstellung der Geschlechter etc. nicht zusammen denken, könnten die Gemeinden kaum existieren.

Warum regen sich auch die hiesigen Muslime über jene Karikaturen auf? Hauptsächlich, weil sie jene Karikaturen in eine Kampagne einordnen, die ihnen erschweren will, hier Fuß zu fassen, und die sie am liebsten gehen sähe und dazu laut und unverschämt nach entsprechenden Gesetzen und Verwaltungspraktiken ruft.

Bei dieser Kampagne geht es, was die westliche Welt betrifft, also schon irgendwie um die Trennung von Kirche und Staat, aber ganz anders: Es geht um die Transformation des demokratischen, säkularen Staates in einen Wertegemeinschaft, in einen Bekenntnisstaat.

Die Proteste in der islamischen Welt

Die Übergriffe auf die Botschaften Dänemarks und der Repräsentanten anderer Staaten haben mit dem Islam nicht zu tun, in dem die Unverletzlichkeit von Gesandten ein Kulturgut ist wie sonst überall auf der Welt.

Diese Aufzüge und Aktionen gehören in den Bereich des unerklärten Krieges, der als Krieg gegen den Terror eine große Zahl von Ländern der muslimischen

Welt direkt oder indirekt trifft. In diesem Zusammenhang werden jene Karikaturen als Teil der psychologischen Kriegsführung aufgefasst, bei der es darauf ankommt, gerade das zu schänden, was dem Feind im Innersten zusammenhält. Die politische Macht, die das nicht zu verhindern weiß, verliert Legitimation. Die – straflose – Beleidigung fremder Gottheit ist ein historisch probates Mittel.

Selbstverständlich spielt bei dieser Bewertung eine Rolle, dass der dänische Staat mit Truppen am Irakkrieg teilnimmt und an der Besetzung des Landes teilhat. Die Duldung der Beleidigung eines Unterlegenen durch die Übermacht des Besetzers ist eine böse Sache. Wenn der dänische Staat schon meint, bei der Invasion und Besetzung eines Landes mitzuwirken, dann entstehen daraus eben auch Rücksichtspflichten auf die vielen Millionen, denen nichts als ihre Religion geblieben ist.

Die Mächte, die sich legitimiert fühlen, in Irak eine Ordnung herbeizuführen, und die das Land besetzen, tragen gerade wegen dieser Position der Übermacht eine spezifische Verantwortung, sie müssten einen Rest von Respekt gegenüber dem militärisch einstweilen Unterlegenen kultivieren. So indessen wird der „Krieg gegen den Terror“ zum „Krieg gegen den Islam“ aufgeladen, und daher kommt die Aufregung in der ganzen muslimischen Welt.

Aus der Sicht der Mehrheitsgesellschaft

Wenn diese Karikaturen Teil einer Kampagne sind, die darauf zielt, den sowieso schon völkerrechtlich problematischen „Krieg gegen den Terror“ in einen Krieg gegen den Islam zu überführen, dann handelt es sich nicht um freie Meinungsäußerung, sondern um Begleitmusik zu gewaltsaufgeladenen Handeln, genauso wenn es darum geht, den Muslimen das Leben im EU-Raum unerträglich zu machen. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge kann gar nicht davon abgesehen werden, dass eine Situation des latenten und auch des offenen Krieges besteht und dass die Nato-Mächte die innere Entwicklung von Staaten der islamischen Welt diktieren wollen, sogar mit dem Mittel der bewaffneten Intervention.

In den betroffenen Ländern der EU geht es in dieser Frage nicht darum: Wie verteidigt man die Meinungsfreiheit? Es geht darum: Wie weit lässt man einer Kriegspropaganda die Zügel schießen.

maf

Lesenswerte Literatur

John Rawls, Gerechtigkeit als Fairness, Ein Neuentwurf. Frankfurt am Main 2003, ISBN 3518583662, Gebunden, 320 Seiten, 24,90 EUR
Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Religionssociologie I und II, UTB Stuttgart 1988, je 14,90 Euro

Streit um iranisches Atomprogramm in kritischer Phase

Der Konflikt um das iranische Atomprogramm nimmt an Schärfe weiter zu. Der Gouverneursrat der Internationalen Atomenergieorganisation IAEO hat am 4.2. mit 27 zu 3 Stimmen beschlossen (darunter Russland und China wie auch große blockfreie Länder wie Indien, selbst Atommacht, und Ägypten), den Atomstreit an den UN-Sicherheitsrat zu überweisen. Unmittelbar darauf wurde die „Akte Iran“ auch schon an den Sicherheitsrat überwiesen, darunter sämtliche Berichte Baradeis zum iranischen Atomprogramm und alle einschlägigen Resolutionen des Gouverneursrats seit 2003. Die iranische Regierung hat postwendend ihre Verpflichtungen aus dem freiwilligen Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag gekündigt, das der Iran zwar unterzeichnet, aber nicht ratifiziert hat. Mit der Kündigung verweigert Iran künftig unangemeldete Kontrollen der IAEO. Damit sei, so ein Regierungssprecher, ein kürzlich verabschiedetes Gesetz umgesetzt worden. Unklar ist, ob und wann der Irak die IAEA-Inspektoren ausweist und die in den Atomanlagen installierten Überwachungskameras entfernt. Diese Maßnahmen des Iran verstößen nicht gegen seine völkerrechtlichen Verpflichtungen, erschweren aber die diplomatische Lösung.

Allerdings hat der Gouverneursrat, insbesondere auf Drängen Russlands, zunächst nur beschlossen, dem UN-Sicherheitsrat über seine Forderungen an den Iran „zu berichten“ – vor allem fordert er die dauerhafte Aussetzung aller mit der Anreicherung von Uran verbundenen Aktivitäten und die Einhaltung der Bestimmungen des freiwilligen Zusatzprotokolls. Erst wenn der IAEO-Generaldirektor El Baradei beim nächsten regulären Treffen des Gouverneursrats am 6. März seinen Bericht vorlegt hat, soll der Sicherheitsrat über „Maßnahmen zur Stärkung der Autorität des IAEO-Prozesses“ entscheiden. Damit sind einige Wochen Zeit gewonnen.

Aber der Westen scheint sie zum Ausbau der Drohkulisse nutzen zu wollen. Der US-amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld antwortete im Interview mit dem „Handelsblatt“ (6.2.) auf die Frage: „Alle Optionen – einschließlich der militärischen – sind auf dem Tisch?“ unzweideutig: „So ist es.“ Und schob auch noch hinterher: „Wir wissen, dass es Nationalstaaten gibt, die Terroristen aktiv unterstützen. Und wir wissen, dass sich Terroristen händeringend um immer tödlichere Waffen bemühen. Iran ist der Hauptförderer von Terro-

organisationen wie Hisbollah und Hamas.“ Auch der britische Premierminister Blair schloss einen militärischen Angriff auf den Iran nicht aus: „Man kann in solchen Situationen nie nie sagen.“¹ In dieselbe Kerbe schlägt auch Bundeskanzlerin Merkel in ihrer aufschlussreichen Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz, in der sie sich u.a. stark machte für die Bündelung „unserer Aktivitäten in Bezug auf eine gemeinsame internationale Ordnungspolitik“. In Bezug auf den Iran erklärte sie: „Der Iran hat mutwillig ... die ihm bekannten ‚roten Linien‘ überschritten“, und drohte: „Wir wollen und wir müssen die Entwicklung iranischer Nuklearwaffen verhindern.“² Es ist sicher kein Zufall, dass die von Merkel herausgestellten deutschen Ansprüche vom erneuteten Aufkommen der Diskussion um die atomare Bewaffnung Deutschland begleitet wird, die den Rahmen theoretischer Erörterung in Stiftungen verlässt³: Rupert Scholz, Verteidigungsminister unter Kohl, forderte in der Bildzeitung bindende Zusagen „von unseren Partnern und der Nato“, „Deutschland auch vor einer nuklearen terroristischen Bedrohung oder Erpressung mit dem Einsatz von Atomwaffen zu schützen“, sonst „müssen wir die Frage ernsthaft diskutieren, wie wir auf eine nukleare Bedrohung durch einen Terrorstaat angemessen, im Notfall also sogar mit eigenen Atomwaffen, reagieren können“.⁴ Auch wenn andere Politiker das Ansinnen offiziell zurückwiesen, zeichnet sich deutlich ab, dass sich die BRD unter der neuen Bundesregierung als Militärmacht mit der dritten Reihe nicht mehr zufrieden geben will. Auch das verschärft die Gefahr eines Krieges gegen Iran.

Falls es dazu kommt, dass der Atomstreit vor dem Sicherheitsrat verhandelt wird, steigt der Druck, unter dem alle Beteiligten stehen.

Am 16. Februar sollen erst einmal die russisch-iranischen Verhandlungen über das russische Kompromissangebot (Auslagerung der Anreicherung nach Russland) fortgesetzt werden. Immerhin hat die iranische Regierung die Gespräche mit Russland bisher nicht abgesagt, sondern Interesse an der Fortsetzung der Verhandlungen bekundet. Russland knüpft daran die Bedingung, dass Iran die Urananreicherung nicht wieder aufnimmt. Scheitern die Gespräche oder kommen sie erst gar nicht zustande und kommt der Iran im März tatsächlich vor den Sicherheitsrat, steigt der Handlungsdruck, unter denen sich die am Konflikt Beteiligten gesetzt haben.

scc

1 Netzeitung 7.2., Blair attackiert Iran im Atomstreit

2 www.securityconferende.de

3 Siehe PB 2/06, Unkontrollierte Dynamik, Fußnote 5

4 Zitiert nach: www.ngo-online.de

Ein Rückschlag für den Frieden?

Bei den palästinensischen Parlamentswahlen hat die islamische Hamas 74 der 132 Mandate errungen. Was im Westen als drohendes Ende des Friedensprozesses bewertet wird, sehen Kommentatoren aus der israelischen Friedensbewegung anders. Wir dokumentieren Auszüge aus zwei Artikeln sowie einen Kommentar zu Merkels Nahost-Besuch.

Nur die Rechte kann

(...) Die Israelis und die Palästinenser können beide wichtige Lektionen aus den Ergebnissen der Wahl lernen. Die Israelis müssen endlich lernen, dass Anwendung von Gewalt nicht die gewünschten Ergebnisse bringt. Im Gegenteil. In den letzten Jahren gab es bis zur Waffenruhe nicht einen Monat, in dem man nicht hörte, dass ein weiterer „ranghoher“ Hamasanhänger eliminiert wurde. Von einer Ermordung zur anderen wurde die Bewegung nur immer stärker. Die Folge: Gewalt ist nicht die Antwort.

Die Palästinenser müssen lernen, dass es die Mäßigung der Bewegung war, die sie zum Sieg führte. Hamas gewann nicht wegen der Terrorangriffe, sie gewann trotz des Terrors. Sie hat sich in den letzten Monaten gemäßigt, hat „ihr Fell verändert“, war mit einer Waffenruhe einverstanden, die seit November 2004 andauerte. Während dieser Zeit wuchs ihre Macht. (...) Nicht einmal eine Spielzeugkanone wurde abgefeuert. (...) Dies ist eine wichtige Lektion. Nur Hamas kann den Terror wirklich bekämpfen. Der Krieg, den Israel gegen den Terror mit seinen unzähligen Morden, Zerstörungen, Verhaftungen und Gefängnisauftreten kämpft, ist viel weniger wirksam als eine wohl überlegte Entscheidung von den Hamaßführern.

(...) Nur die Rechte kann es tun? Wenn diese Ansicht richtig ist, wenn nur Leute vom rechten Flügel Frieden bringen können wie Ariel Sharon auf unserer Seite, dann stehen wir jetzt vor einer neuen Chance, die nicht versäumt werden sollte. Ein Friedensdeal mit Hamas wird viel stabiler und lebensfähiger sein als jedes Abkommen, das wir mit der PLO unterzeichnen, wenn die Hamas dagegen ist. Hamas kann Konzessionen machen, wo es die Fatah niemals wagen würde. (...) Wenn Israel sich nach den Extremisten unter seinen Feinden ausstrecken würde, dann könnte es vielleicht ein wirkliches Abkommen erreichen, das dem Tumor der Besetzung und dem Terrorlauf ein Ende setzt. Zu diesem Zweck müssten beide Seiten, Israel und Hamas, sich selbst von den Slogans der Vergangenheit lösen. Diejenigen, die Vorbedingungen stellen, wie die Hamas

entwaffnen, werden die Chance verlieren. Man kann unmöglich erwarten, dass sich die Hamas entwaffnet – genau so wenig, wie man erwarten kann, dass sich Israel entwaffnet. (...)

Jetzt ist es an der Zeit, der Hamas die Hand entgegenzustrecken, die jetzt ganz dringend die internationale und besonders die amerikanische Anerkennung braucht, von der sie weiß, dass sie über Israel geht. Wenn Israel gegenüber Hamas freundlich wäre, könnte ihm dies nur von Vorteil sein. Nicht dass Hamas auf einmal all seine extremistischen Forderungen und unrealistischen Träume aufgeben würde. Aber sie wird wissen, wie einige seiner Führer schon erklärt haben, dass einiges beiseite gestellt werden muss, falls es ihren Interessen dienlich ist. Israel, das auf keinen Fall mit Arafat oder Mahmoud Abbas gesprochen hat, hat jetzt eine Möglichkeit der Überraschung. Anstatt noch mehr Jahre mit Zurückweisung zu vergeuden, um sich dann am Ende doch mit der Hamas zusammen zu setzen, lässt uns doch jetzt dieser extremistischen Gruppe die Hände entgegen strecken, die demokratisch gewählt wurde. Israel hat bei solch einem Versuch nichts zu verlieren. Wir haben schon die Groftaten von Händen gesehen, die mordeten, zerstörten, ausrißen und verhafteten; wir haben schon gesehen, dass sich Politik vor unsren Augen erfüllte: Hamas gewann vor unsren Augen die Wahlen. *Gideon Levy, Ha'aretz / ZNet Deutschland 29.1.06*

Mit Hamas an einen Tisch!

Wie zwei sehr müde Ringkämpfer, die einander umklammert halten und nicht in der Lage sind, sich voneinander zu trennen, so kleben die israelische und palästinensische Gesellschaft aneinander. Die palästinensischen Wahlen in dieser Woche fanden im Schatten der israelischen Wahlen statt. Die israelischen Wahlen – in genau zwei Monaten – werden im Schatten der palästinensischen Wahlen stattfinden. Was kann man nach dem Sieg der Hamas tun? (...)

Israel muss mit jeder palästinensischen Führung verhandeln, die vom palästinensischen Volk gewählt wurde. Wie bei jedem anderen Konflikt in der Geschichte wählt man nicht die Führung des Gegners – einmal, weil der Gegner nicht damit einverstanden wäre, und dann – genauso wichtig –, weil ein Abkommen mit solch einer Führung nicht halten würde. Je umfassender die Führung ist, um so besser. Wenn ein Abkommen erreicht wird, ist es entscheidend wichtig, dass alle Sektionen der palästinensischen Bevölkerung daran gebunden sind. Und wesentlich ist es, gerade die extremsten Faktionen mit einzuschließen. Hätte sich Hamas nicht dafür entschieden, an den Wahlen teilzunehmen, dann hätte sie dazu gezwungen werden müssen.

(...) Allein die Tatsache, dass Hamas an den Wahlen teilnimmt, die ihre Grundlage im Oslo-Abkommen haben, beweist, dass das palästinensische politische System sich in Richtung Frieden bewegt. Obwohl der Hamas-Sieg wie ein Rückschlag für den Frieden aussieht, kann das wirkliche Ergebnis ganz anders aussehen. Es kann die extreme Bewegung moderater machen und absichern, dass jedes Abkommen stabiler und dauerhafter sein wird.

Auf der israelischen Seite: Die Spaltung des Likud, die Schaffung von Kadima, und der Führungswechsel in der Arbeitspartei zeigen, dass sich das israelische politische System in dieselbe Richtung bewegt. Nachdem beide Völker ihre neue Regierung aufgestellt haben, werden sie miteinander reden müssen. *Uri Avnery, Übersetzung Ellen Rohlfs, junge Welt, 30.1.*

Merkel im Nahen Osten: Verpasste Chancen

(...) ... setzt die neue Bundesregierung eine Tradition fort, die ihrer Vorgängerin nicht fremd war: Sie vertauscht die Ursache des israelischen Regimes in den palästinensischen Gebieten mit den Folgen palästinensischer Gewaltakte. An dieser Verwechslung krankte die „Road Map“ des internationalen Quartetts, ohne dass aus ihr die Konsequenz gezogen ist, auch Israel auf seine Verpflichtungen gegenüber den Palästinensern nachdrücklich hinzuweisen. Glaubt ihr wirklich, fragte in diesen Tagen ein in der Westbank lebender Rabbi seine Landsleute, an einen Frieden ohne Islam? Im Gleichklang mit Arafats chaotischem Erbe hat die Okkupation einen Zustand bewirkt, der „Hamas“ in den Augen der palästinensischen Mehrheit den Nimbus als Partei der nationalen Errettung verliehen hat.

Es wäre zu wünschen gewesen, dass sich Merkel die Abbas' Ansprache am 26. Januar hätte vorlegen lassen, nachdem der „Hamas“-Sieg feststand: „Das Hauptziel meines Volkes und seiner Regierung ist das Ende der Besetzung und die Schaffung eines unabhängigen Staates mit al-Quds als seiner Hauptstadt.“ Statt dessen begnügte sich die Bundeskanzlerin damit, den palästinensischen Präsidenten an seine „sehr große Verantwortung“ für Ruhe und Ordnung in der Westbank und im Gazastreifen zu erinnern. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtete aus Delegationskreisen, Merkel und Olmert „sprechen dieselbe Sprache“. Wer heute in Europa über den Aufstieg des politischen Islam klagt, sollte eingestehen, dass aus falscher Rücksichtnahme auf die israelische Regierung die energische Unterstützung des palästinensischen Präsidenten unterlassen worden ist. *Reiner Bernstein, München, Genfer Initiative, www.reiner-bernstein.de/genfer_initiative.html*

Seit dem 6. Februar werden die baden-württembergischen Kommunen bestreikt. Rund 10.000 Beschäftigte aus kommunalen Einrichtungen legten am ersten Streiktag die Arbeit nieder. In Niedersachsen beteiligten sich am 1.2. rund 20.000 Beschäftigte an landesweiten Warnstreiks – siehe den nachfolgenden Bericht. Hier hat die Urabstimmung ebenso begonnen wie in Bayern, an den Universitätskliniken in NRW und bei Müllabfuhr und Stadtentwässerung in Hamburg. Im Saarland beginnen Streiks bei der Straßenbauverwaltung am 8.2., für den 9.2. ist zu einer Großdemonstration aufgerufen. ver.di will die Verlängerung der Arbeitszeit von 38,5 auf 40 Stunden verhindern und in den Ländern wie bei Bund und Ländern den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst durchsetzen. (Bilder: Streikaktionen in Stuttgart – mok)



Streikbewegung im öffentlichen Dienst



20.000 Beschäftigte beteiligen sich am Streik- und Aktionstag im öffentlichen Dienst in Niedersachsen

Hannover. „Mit rund 20 000 Teilnehmern lag die Zahl der Streikenden und Demonstrierenden deutlich über unseren Erwartungen“, sagte der ver.di-Landesleiter für Niedersachsen/Bremen, Wolfgang Denia. Arbeiter und Angestellte des Landesdienstes und der Kommunen hatten ihre Arbeit niedergelegt, um sich gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und Gehaltseinbußen zu wehren. Die Beschäftigten des Landes Niedersachsen forderten außerdem die Übernahme des neuen Tarifvertrages im öffentlichen Dienst durch die Länder.

An den Streikmaßnahmen beteiligten sich unter anderem Beschäftigte der Müllabfuhr, der Stadtentwässerung und – Reinigung, von Krankenhäusern, Straßenmeistereien, Sozialämtern, Kommunalverwaltungen, Kindertagesstätten, Sparkassen und des Flughafens Hannover.

Auf der zentralen Kundgebung in Hannover sprach ver.di-Bundesvorsitzender Frank Bsirske vor 9 500 Streikenden. Auch 700 Beamte nahmen an der Kundgebung teil. Er warnte vor einer

Amerikanisierung der Arbeitsverhältnisse in Deutschland: „Es kann nicht sein, dass die Arbeitgeber das nach ihrem Gusto regeln und Tarifverträge zu einem Auslaufmodell werden.“ Bsirske machte deutlich, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auch zu einem längeren Arbeitskampf bereit seien.

Weitere Kundgebungen und Demonstration fanden unter anderem statt in Braunschweig, Hameln, Göttingen, Lüneburg, Osnabrück, Hildesheim und Wolfsburg sowie in 20 weiteren Städten und Gemeinden.

ver.di-Landesleiter Denia erklärte, dass nach Durchführung der Urabstimmung in der nächsten Woche die Streikbereitschaft noch gesteigert werden könne. Die Behauptung des Geschäftsführers der Kommunalen Arbeitgeberverbandes Niedersachsen, es gehe in dem Tarifkonflikt um eine Arbeitszeitverlängerung von lediglich 18 Minuten, verschleiere die Tatsache, „dass Herr Wilkening auf den Abbau von über 5 000 Arbeitsplätzen in den niedersächsischen Kommunen drängt. Wer in Teilzeit beschäftigten Erzieherinnen monatlich das Gehalt um 50 bis 60 Euro kürzen will, der bekommt von ver.di die passende Antwort.“, sagte Denia.

Die Wut der Beschäftigten ist groß. Schon im Vorfeld des Streiktages am 1.2. haben sich viele Bereiche gemeldet, die



mitmachen wollten, auch solche, die gar nicht zum kommunalen oder Länderbereich gehören. Die Zahl der Gewerkschaftseintritte steigt täglich. Es geht nicht darum, dass 18 Minuten am Tag länger gearbeitet werden soll. Die Beschäftigten haben die Nase voll von den ständigen Angriffen auf ihre Entlohnung und ihre Arbeitsbedingungen. Die Arbeitsbelastung ist massiv gestiegen. Im öffentlichen Dienst sind zwischen 1991 und 2003 1,9 Mio. Stellen – von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt – abgebaut worden. Das bekommen die Beschäftigten tagtäglich zu spüren in den Kindertagesstätten, im Sozialamt, bei der Müllabfuhr. Diese Situation trifft auch für den Bereich der Landesbeschäftigte zu. Hier allerdings ist der Mobilisierungsgrad deutlich geringer, obwohl es eigentlich um mehr geht: Für alle Beschäftigten mit neuen Arbeitsverträgen sind neben der Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld gestrichen. In der Vergütungsgruppe BAT VIb, in der die größte Anzahl der Beschäftigten eingruppiert ist, bedeutet das einen Verlust von ca. 2 500 Euro brutto im Jahr und in der Arbeiterlohngruppe 1 (z.B. Reinigungskräfte) beträgt der Verlust ca. 1 500 Euro brutto pro Jahr – und das bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 1 700 Euro. Seit eineinhalb Jahren versuchen die Landesbeschäftigte mit Aktionen, Streiks und Warnstreiks die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) dazu zu bewegen, den für Bund und Kommunen abgeschlossenen Tarifvertrag öffentlicher Dienst auch für die Länder zu übernehmen. Die Taktik der Nadelstiche ist bisher nicht aufgegangen, und bei den Beschäftigten macht sich eher Resignation darüber breit, dass alle Anstrengungen keinen Erfolg hatten. Jetzt besteht allerdings die große Chance gemeinsam mit den kommunalen Beschäftigten noch einmal Stärke zu zeigen und während der Urabstimmung für einen Streik vom 6. bis 9. 2. alle Kräfte zu mobilisieren.

mpu



Über 2000 Menschen demonstrierten am 29. Januar in dem kleinen belgischen Ort Vottem: Der Innenminister hat mit Unterstützung der Föderalregierung beschlossen, die Haftmöglichkeiten für ausländische Familien mit Kindern, die sich ohne Genehmigung in Belgien aufhalten, zu erweitern. Bisher existieren Familienabteilungen in den Zentren 127 und 127bis am Brüsseler Flughafen, wo bereits Ende Dezember über 60 Kinder eingesperrt waren. Jetzt werden neue Abteilungen für Familien mit Kindern in den geschlossenen Zentren von Merkplas und Vottem eingerichtet. Dort sollen auch unbegleitete Flüchtlingskinder inhaftiert werden. Die geschlossenen Zentren sind nichts anderes als Gefängnisse. Die belgische Regierung verstößt mit dem Einsperren von Kindern gegen die UNO-Konvention über die Rechte der Kinder wie auch gegen andere von Belgien ratifizierte Abkommen. Die Demonstration dagegen wurde von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen organisiert; auch die Gewerkschaften riefen auf, und ebenso unterstützten zahlreiche Vereinigungen in den deutschsprachigen Gebieten die Protestaktion. Zum Zeichen ihres Protestes gegen die unerträgliche Verletzung der Rechte von Kindern befestigten die Demonstranten unzählige Plüschtiere an die Zäune des „Lagers der Schande“, wie Demonstranten auf einen der Lagerzäune schrieben. (Quelle und Bilder: Indymedia Liège)

Unterstützung für baskischen Friedensplan

Im EU-Parlament haben sich elf Abgeordnete zu einem Freundeskreis zur Unterstützung des baskischen Friedensprozesses zusammengeschlossen. Sie gehören der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linie (GUE/NGL) sowie der Grünen an, Sprecher sind Helmuth Markov (Linkspartei.PDS) und Joan i Mari (Republikanische Linke Katalonien). Markov erklärte gegenüber der baskischen Tageszeitung Gara, um einen wirklichen demokratischen Prozess voranzubringen, benötige man Zeit. „Doch wir finden eine gute Situation vor, es gibt Bewegungen, und wir sehen, dass wir vorankommen können.“ Der Freundeskreis legte in einer Erklärung dar, dass ein „multilaterales politischen Abkommen“ unter allen Beteiligten „unvermeidlich“ sei. Es müsse die individuellen und kollektiven Rechte aller anerkennen, die in dem Land leben, „unabhängig davon, ob sie sich unter spanischer oder französischer Administration befinden“. Die einzige mögliche Lösung für den Konflikt sei es, „das Bas-

kenland als politisches Subjekt anzuerkennen“ und der Bevölkerung der Region das Recht zuzugestehen, über ihre Zukunft zu entscheiden. Der Freundeskreis unterstützt so den Friedensvorschlag, den die in Spanien verbotene Partei Batasuna im Herbst 2004 vorgelegt hat. Deshalb wird der Freundeskreis mit der Friedensinitiative „Konponbidea“ kooperieren, die von Batasuna auf den Weg gebracht wurde und für die sich 55 Parteien, Gewerkschaften und soziale Organisationen erklärt haben, darunter die wichtigsten baskischen Gewerkschaften und die Baskische Solidaritätspartei, die mit der Baskischen Nationalpartei eine Koalition bildet. (Quelle: Ralf Streck, ND)

Erfolg für Starbuck-Beschäftigte in New York

Wir haben an dieser Stelle oft über den schwierigen Kampf US-amerikanischer Gewerkschaften berichtet, Beschäftigte im Niedriglohnbereich zu organisieren, so auch bei Starbuck, dem weltweit größten Einzelhändler von Kaffee. Vor 18 Monaten begann hier die gewerkschaftliche Kampagne; in ihrem

Verlauf gelang es, eine Lohnerhöhung um 1 \$ auf 8,75 \$ durchzusetzen. Nun haben die Beschäftigten einer großen Starbuck-Filiale in New York einen wichtigen Durchbruch erreicht. Von Anfang an hatte das Management mit offener Repression, Mobbing und diversen „Strafmaßnahmen“ wie Lohnkürzung die gewerkschaftliche Organisierung zu verhindern gesucht. Die Beschäftigten ließen sich jedoch weder entzweien noch einschüchtern. Jetzt erreichten sie die Rücknahme der Strafmaßnahmen, die Auszahlung der vorenthaltenen Lohnbestandteile, eine Lohnerhöhung von 25 Ct., eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Anerkennung ihrer gewerkschaftlichen Organisierung. (Quelle: Indymedia New York)

Teheran: Streik der Busfahrer brutal zerschlagen

Die seit Wochen andauernden Auseinandersetzungen zwischen der unabhängigen Busfahrergewerkschaft Vahed und den iranischen Machthabern ist weiter eskaliert. Am 28.1. streikten die Busfahrer, unterstützt von vielen anderen Arbeitern und Studenten, für die Anerkennung ihrer Gewerkschaft, die Freilassung des seit Dezember verhafteten Gewerkschaftsvorsitzenden und einen Tarifvertrag. Der Streik wurde vom Teheraner Bürgermeister für illegal erklärt und von Milizen brutal zerschlagen. Über 700 Streikende wurden inhaftiert, mindestens 50 Gewerkschafter verletzt, Wohnungen der Busfahrer des Nachts gestürmt und auch Angehörige, einschließlich Kindern, verhaftet. Soldaten wurden als Streikbrecher eingesetzt. In einem Appell wendet sich Vahed an die Arbeiter und ihre Gewerkschaften weltweit: „Wir vertrauen darauf, dass ihr euch für die sofortige und bedingungslose Freilassung der Inhaftierten, die Anerkennung unserer Gewerkschaft und die anderen Forderungen einsetzt. Wir erwarten, dass ihr diesen Angriff auf unseren Streik verurteilt und die Verurteilung all derjenigen fordert, die an der Niederschlagung des Streiks beteiligt waren.“ Trotz der Repression versammelten sich 150 Familienangehörige am 4.2. vor dem Gerichtsgebäude in Teheran (Bild), und obwohl die Schlägertrupps des Regimes vor Ort waren, forderten sie lautstark die Freilassung der Inhaftierten und die Anerkennung der Gewerkschaft.



Zusammenstellung: scc

MÜNCHEN. Unter schweren Bedingungen protestierten am 3. Februar gut 3.000 KriegsgegnerInnen gegen das Treffen von Außen- und „Sicherheits“-PolitikerInnen und WaffenlobbyistInnen. Insgesamt nahm die Polizei nach eigener Aussage Freitag und Samstag 95 KriegsgegnerInnen in Haft, Gewahrsam und zur „Identitätsfeststellung“ ins Präsidium in die Ettstraße. Um gegen die massive Repression der Antikriegsproteste durch Polizei und Kreisverwaltungsreferat zu protestieren, fand am Sonntag eine Demonstration „gegen Polizeiwillkür“ statt, bei der etwa 50 TeilnehmerInnen vom Marienplatz zum Innenministerium zogen. Trotz nicht weniger antiamerikanischer und unendifferenzierter Töne gibt es eine deutliche Kritik am „Hauptfeind im eigenen Land“, am „kapitalistischen Frieden“ und dass es notwendig und richtig ist, gegen jene Konferenz zu protestieren und den Widerstand gegen die zunehmende Militarisierung von Politik und Gesellschaft auszuweiten. *Ausführliche Berichte: www.indynews.net*

Bild: www.arbeiterfotografie.de

Friedensbewegung mobilisiert gegen drohenden Iran-Krieg

KASSEL. Auf einer Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Kassel am 5. Februar 2006 berieten über 40 VertreterInnen von Friedensinitiativen und -organisationen aus ganz Deutschland über Möglichkeiten, den drohenden Krieg gegen Iran zu verhindern. Eingeladen zu diesem Treffen hatte der Bundesausschuss Friedensratschlag.

Die Friedensbewegung war sich über folgende sechs Essentials einig:

1) Es gibt kein politisches Ziel, das einen Angriffskrieg rechtfertigen könnte. Das Gewaltverbot der UN-Charta muss auch von den Großmächten eingehalten werden.

2) Kein Krieg gegen Iran! Kooperation statt Eskalation. Stopp aller Kriegsvorbereitungen gegen Iran – Beendigung aller direkten oder indirekten Drohungen gegen Israel.

3) Der Atomwaffensperrvertrag muss eingehalten werden. Der Iran wird aufgefordert, seine Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde fortzusetzen (Art. 3 NPT) und weiterhin Inspektionen zuzulassen.

4) Der Atomwaffensperrvertrag (NPT) muss auch von den Atomwaffen besitzenden Staaten eingehalten werden. Das heißt: Atomwaffen müssen abgerüstet werden (Art. 6 NPT).

5) Entschärfung des Konflikts zwischen dem Iran und anderen Regionalmächten durch die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten, so wie es die Resolution der IAEA vom 5. Februar 2006 vorsieht (Gov 2006/14, Ziffer m).

6) Keine deutsche Beteiligung an einer Vorbereitung eines Krieges gegen den Iran. Jede völkerrechts- und grundgesetzwidrige Kriegsvorbereitung wäre ein Fall für den Generalbundesanwalt (siehe dessen Schreiben vom 26. Januar

2006; Az. 3 ARP 8/06-3). Die Bundesregierung sollte gegenüber der US-Regierung klarstellen, dass auch die US-amerikanischen Militärbasen in Deutschland nicht für die Führung eines Angriffskrieges genutzt werden dürfen.

Die Versammlung in Kassel schlägt der Friedens- und globalisierungskritischen Bewegung, den Gewerkschaften und Kirchen, den Universitäten und Schulen einen „Fahrplan“ vor, der aus Informations- und Aktionselementen besteht und in gemeinsame bundesweite und internationale Antikriegs-Proteste münden soll.

www.uni-kassel.de/fb5/frieden

Freigabe der Publikumsbahnhöfe für das Gedenken an Deportationen!

KÖLN. Bei Demonstrationen in elf deutschen Städten verlangten am 28./29. Januar mehrere Deportationsopfer der Deutschen Reichsbahn und über Tausend Kundgebungsteilnehmer die Freigabe der Publikumsbahnhöfe für das Gedenken an die Ermordeten. In Köln enthielten etwa 300 Demonstranten auf dem Bahnhofsvorplatz ein Mahnmal und legten in der Haupthalle Koffer mit den Namen deportierter Kölner Bürger



nieder (Bild). In Stuttgart kamen 280 Besucher zur Eröffnung der Ausstellung über die deportierten Kinder aus Frankreich und Baden-Württemberg in das örtliche DGB-Haus. Anschließend verlasen sie im Stuttgarter Hauptbahnhof die Namen der Verschleppten. In Weimar zogen rund 50 Demonstranten vor das Bahnhofsgebäude, nachdem der Oberbürgermeister der Stadt bei der Berliner Bahn AG die Öffnung der Haupthalle für das Gedenken angemahnt hatte. Im Foyer der Gesamtschule Bonn-Beuel machten Portraits der ermordeten Kinder auf die Proteste gegen die Berliner Konzernspitze aufmerksam, die sämtliche Gedenkkapelle weiter unbeantwortet lässt. In Saarbrücken wurde der Versuch des ehemaligen Bundesverkehrsministers Reinhard Klimmt (SPD), die Angehörigen der Reichsbahn-Opfer für das Gedenkverbot der heutigen Bahn AG verantwortlich zu machen, vehement zurückgewiesen. Auch bei Demonstrationen in Berlin, Leipzig, Erfurt, Wuppertal, Wurzen und Verden zeigten sich die Teilnehmer entschlossen, an ihren Forderungen festzuhalten, und setzten sich über Versammlungsverbote auf den Bahnhöfen weitgehend hinweg.

www.german-foreign-policy.com.
Foto Köln: www.arbeiterfotografie.de

OB Schmalstieg wirbt bei Fußball-Städten für Pacemakers-Aktion

HANNOVER. In einem Brief an seine Kollegen in allen Fußball-WM Städten bat Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg um Unterstützung für die Pacemakers pro-tour aus Anlass der Fußball-Weltmeisterschaft, „nicht zuletzt im Interesse der Ziele der „Mayors for Peace“. Schmalstieg: „Hintergrund dieser Überlegungen ist die Überzeugung, dass die Fußball-Weltmeisterschaft nicht nur als ein überragendes

Sportereignis gilt, sondern als friedliches Zusammentreffen und Beispiel fairem, sportlichem Wettkampfs zugleich einen Gegenpol zu den gewalttamen Konflikten und Auseinandersetzungen in der Welt bildet. Eine Gruppe von vier Extremradlern wird vom 7. – 10.6. auf einer 2.200 km langen Tour durch alle WM-Städte diesen Gedanken zum Ausdruck bringen und ihren Appell für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen übermitteln“. Die Pacemakers freuen sich, dass nach Schirmherr Udo Bölt nun auch der Vizepräsident der Bürgermeisterbewegung „Mayors for Peace“ den Pacemakers in 2006 mit Rat und Tat zur Seite steht. www.atomwaffenfrei.de

DFB erklärt: Keine Ein-Euro-Jobs für die Fußballweltmeisterschaft

BONN. Der Vizepräsident des Deutschen Fußball-Bund, Rolf Hocke hat in einem Schreiben an das Erwerbslosen Forum Deutschland mitgeteilt, dass der DFB mit der Bundesagentur für Arbeit eine Vereinbarung getroffen habe, für die Fußball Weltmeisterschaft ausschließlich Arbeitslose in die zusätzlichen beitragspflichtigen Jobs zu vermitteln. Das Erwerbslosen Forum Deutschland begrüßte diese Entscheidung und warnte gleichzeitig die Städte und Gemeinden, auf Umwegen doch Ein-Euro-Jobber einzusetzen. „Sollten wir feststellen, dass hierfür Arbeitskräfte missbraucht werden, werden wir von uns aus alle Schritte dagegen unternehmen. Wir warnen jetzt schon die Austragungsstädte, im Rahmen der Fußball-WM etwa Straßenbahnschaffner als Ein-Euro-Jobber einzusetzen. Hier haben die Verkehrsbetriebe diese zusätzlichen Kräfte regulär zu entlohen bzw. auf den Einsatz zu verzichten“, sagte Martin Behrsing.

www.erwerbslosenforum.de

VVN-Petition ruft NRW-Landtag zum Handeln gegen die Nazis auf

DÜSSELDORF. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten hat jetzt in einer Petition an den Landtag die Politik zum Handeln gegen die Nazis im Lande aufgerufen. VVN-BdA-Sprecher Ulrich Sander (Dortmund) erinnerte an die Reden der Politiker von Landtagsparteien am Samstag anlässlich der Nazidemonstration durch Dortmund, die Handlungsbedarf der Politik gegen rechts betonten, nachdem die Justiz versagt habe. Sander: „Wir fordern die Landesregierung auf, die sog. ‚freien Kameradschaften‘ aufzulösen und zu verbieten und jede Nachfolgetätigkeit zu bestrafen. Wir fordern den Generalstaatsanwalt in Hamm auf, die Ermittlungen gegen den Redner vom 3.9.2005 wieder aufzunehmen und ihn anzuklagen.“

Der Petitionsausschuss des Landtages

hat die Petition angenommen und der Justizminister hat bestätigt, den Vorfall vom 3. September 2005 durch den zuständigen Generalstaatsanwalt aufzuklären zu lassen, bei dem dieselben Kreise, die jetzt wieder Naziparolen brüllend durch Dortmund zogen, unmissverständlich zu Krieg, weltweitem NS-Regime und Judenmord aufriefen. Sander forderte die Grünen- und SPD-Politiker, darunter solche, die jahrelang in Düsseldorf regierten und hinsichtlich NS-Umtriebe in NRW weitgehend untätig blieben, auf: Unterstützen Sie unsere Petition. Setzen Sie sich für die Bestrafung des Redners vom 3. September und für die Suspendierung seiner bürgerlichen Ehrenrechte entsprechend dem Grundgesetz ein. Ferner ist es notwendig, das Prinzip des höchsten NRW-Gerichts, des Oberverwaltungsgerichts von Münster, durchzusetzen: „Eine rechtsextremistische Ideologie lässt sich auch nicht mit den Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren.“

www.nrw.vvn-bda.de

25.000 Unterschriften gegen Studiengebühren in NRW

DÜSSELDORF/BIELEFELD. Bei der Anhörung zum Studiengebührensgesetz NRW hat das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren der Landesregierung am 26.1.2006 die gesammelten Unterschriften der Kampagne „NRW-gegen-Studiengebühren.de“ überreicht. Über 25.000 Menschen haben bislang gegen die Einführung von Studiengebühren unterschrieben. Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) wies im Zusammenhang damit nochmals auf die vor kurzem veröffentlichte Untersuchung des Meinungsforschungsinstitutes Emnid hin, die belegte, dass mit 57% die Mehrheit der Menschen in NRW die Einführung von Studiengebühren ablehnt. Noch sind Studiengebühren in NRW nicht beschlossen. Aus Sicht des ABS missachtet die Landesregierung mit ihrem Vorgehen die Entscheidungs- hoheit des Parlaments.

Kurz darauf erklärte das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren seine Solidarität mit den Studierenden der Uni Bielefeld. Der Senat der Uni Bielefeld hat das Rektorat in seiner Sitzung am 1.2.2006 noch vor Vorliegen einer gesetzlichen Grundlage mit der Ausarbeitung von Studiengebührenmodellen beauftragt. Rund 3.000 Studierende hatten der öffentlichen Sitzung beigewohnt, die Einwände der studentischen VertreterInnen im Senat wurden jedoch von den Professorenmehrheit niedergestimmt. Schließlich besetzten die Studierenden das Rektorat. Sie fordern Gebührenfreiheit und insbesondere den Rücktritt des Rektors der Uni Bielefeld und wollen das Rektorat mindestens bis zum 3. Februar besetzt halten.

www.abs-bund.de

Alassane Moussaou in einer Nacht-aktion nach Togo abgeschoben

BERLIN. In einer Nacht- und Nebelaktion wurde Alassane Moussaou am 31. Januar nach Togo abgeschoben. Wie in den letzten PB berichtet, befand er sich seit dem 19. Januar gemeinsam mit Anani Komi Adzrakou im Hungerstreik gegen ihre Inhaftierung, die drohende Abschiebung und die Zusammenarbeit deutscher Behörden mit dem diktatorischen Regime in Togo. Ananis Gesundheitszustand ist sehr kritisch. Flüchtlingsgruppen rufen zu einer Demonstration am 6. Februar vor dem Auswärtigen Amt in Berlin auf. Sevim Dagdelen (MdB „DIE LINKE“) wird dort sprechen. Frau Dagdelen hatte am 18. Januar 2006 im Bundestag eine parlamentarische Anfrage zur Abschiebepraxis nach Togo gestellt. Die Antworten des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, lassen viele Zweifel an der Abschiebepraxis aufkommen. So hat der UNHCR im vergangenen Sommer in einer Stellungnahme dringend angeraten, von Abschiebungen nach Togo abzusehen. Dies wurde im Januar 2006 erneut bekräftigt, aber nicht praktiziert. <http://thecaravan.org/node/449>



Bundesweite Demonstration gegen Berufsverbote am 25. März 2006

KARLSRUHE. Seit Anfang des Jahres 2004 wird dem Heidelberger Real schullehrer Michael Csaszkozy aus politischen Gründen die Einstellung in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg und seit September 2005 auch in Hessen verweigert. Gewerkschaftliche, antifaschistische und politische Gruppen fordern die Einstellung und Rehabilitierung Michael Csaszkozy und die Abschaffung der gesetzlichen Grundlagen der Berufsverbote. Sie rufen auf zu einer bundesweiten Demonstration am 25.3., 12 Uhr, Karlsruhe.

www.gegen-berufsverbote.de
Zusammenstellung: baf

Sprachförderung in der Schule durch Sprechverbot in den Pausen? Akzeptanz und Förderung der Mehrsprachigkeit führen zum Erfolg!

Deutsch-Pflicht ist keine Lösung für die Bildungsbeteiligung von Migrantenkindern. Weil auch die Muttersprache gefördert werden muss.

Die sachkundigen Mitglieder des Internationalen Ausschusses des Stuttgarter Gemeinderats setzen sich ausdrücklich gegen das Verbot anderer Sprachen als Deutsch auf dem Schulhof ein.

Es ist unbestreitbar, dass gute Deutschkenntnisse eine Voraussetzung für Schulerfolg und berufliche Integration sind. Migrantenkinder benötigen daher mehr Anlässe und Anreize in der Schule, um Deutsch zu sprechen – im Unterricht und im Rahmen von ergänzenden Angeboten an Ganztagschulen.

Es ist mittlerweile aber auch aus wissenschaftlicher Sicht nachgewiesen, dass die Muttersprache eine ebenso wichtige Rolle spielt. Wissenschaftler aus dem PISA-Siegerland Kanada sind sogar der Meinung, dass die Muttersprache bei Migrantenkindern die zentrale Funktion in deren persönlicher und erzieherischer Entwicklung hat. Die Forschung auf diesem Gebiet (vor

Böhmer: Deutsch soll Schulhofsprache sein

BERLIN, 27. Januar (ddp). Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), hat sich dafür ausgesprochen, daß die Kommunen dem Vorstoß der Berliner Herbert-Hevesi-Realschule folgen, Deutsch zur Pflichtsprache auch auf dem Schulhof und bei Klassenfahrten zu machen. Zudem plädierte sie in der Zeitung „Mannheimer Morgen“ dafür, türkischen Eltern klarzumachen, „daß Unterricht in seiner ganzen Breite – Sexualkunde eingeschlossen – für alle verbindlich ist“. Der Hamburger CDU-Politiker Heinemann forderte unterdessen in der „Bild“-Zeitung eine Strafe für Kinder, die sich nicht daran hielten, deutsch auf dem Pausenhof zu sprechen. „Schüler, die nicht deutsch sprechen, sollen den Schulhof fegen“, sagte er.

Aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 28.1.06, S.5

zwei oder mehr Sprachen in ihrer Grundschulzeit weiter entwickeln können, fördert dies ein tieferes Verständnis von Sprache und ihrer Anwendung. Diese Kinder haben mehr Übung im Verarbeiten von Sprache, besonders wenn sie beide Sprachen auch lesen und schreiben können.

2) Der Entwicklungsstand der Muttersprache ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung einer weiteren Sprache. Kinder mit einer gut ausgeprägten Muttersprache entwickeln bessere Fertigkeiten im Umgang mit der Schulsprache. Wenn das schulische Umfeld Kindern erlaubt, auf beide Sprachen zurückzugreifen, profitiert davon die Sprachfertigkeit in beiden Sprachen.

3) Die Förderung der Muttersprache in der Schule ist nicht nur hilfreich für die Entwicklung der Muttersprache, sondern fördert auch die Fertigkeit der Kinder im Umgang mit der in der Schule gesprochenen Sprache. Zweisprachige Kinder zeigen bessere Ergebnisse in der Schule, wenn auch ihre Muttersprache unterrichtet wird und, wo möglich, auch das Lesen und Schreiben dieser



Taten statt TÜV für eine erfolgreiche Integrationspolitik in Baden-Württemberg

Die sachkundigen Mitglieder des Internationalen Ausschusses des Stuttgarter Gemeinderats setzen sich ausdrücklich dafür ein, dass

1. sich alle Einwanderinnen und Einwanderer erfolgreich in ihr neues Heimatland Deutschland integrieren und dass sie aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben,
2. Einheimische und Zugewanderte in gemeinsamer Anstrengung die Chancengleichheit unserer Migrantenbevölkerung beim Zugang zu Bildung, Beschäftigung und gesellschaftlicher Teilhabe sicherstellen,
3. alle Einbürgerungswilligen ein klares Bekenntnis zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ablegen und die damit verbundenen Rechte und Pflichten wahrnehmen,
4. der Gesprächsleitfaden des Innenministeriums Baden-Württemberg für die Einbürgerungsbehörden zur Erfassung innerer Einstellungen von Muslimen komplett zurückgezogen wird, weil er in keiner Weise geeignet ist, die Integrationserfolge und die Verfassungstreue der Einbürgerungswilligen zu ermitteln.

In der aufgeregten Debatte um Zwangsehe, Ehrenmorde und Parallelgesell-

schaften wird ignoriert, dass das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zugewanderten seit 50 Jahren in unserem Land sehr gut funktioniert und dass die überwältigende Mehrheit unserer Einwanderinnen und Einwanderer ihren Beitrag zum Wohlstand und zum toleranten Miteinander auf der Grundlage unserer Rechtsordnung leistet. Das gilt insbesondere für Baden-Württemberg und für ihre Landeshauptstadt Stuttgart, in der 35 Prozent der Bevölkerung im Ausland geboren sind und in der fast jedes zweite Kind im Vorschulalter aus einer Einwandererfamilie stammt. Stuttgart gilt als eine der sichersten Großstädte in Deutschland und international als Modell für eine gelungene Integrationspolitik. Die generellen Zweifel des Innenministeriums an der Verfassungstreue der Muslime in Deutschland entbehren jeglicher wissenschaftlicher Grundlage. Hinzu kommen die Zweifel des Innenministeriums, dass die derzeitigen hohen Voraussetzungen zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft in unserem Land nicht ausreichen würden, um die Loyalität der Einbürgerungswilligen zu unserer Rechtsordnung zu belegen, und dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einbürgerungsbehörden ohne einen solchen Fragebogen

nicht kompetent genug seien, auf Grundlage der bestehenden Gesetze und Verordnungen die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Gelungene Integration und ein friedliches Zusammenleben in unserer Einwanderungsgesellschaft sind unser gemeinsames Anliegen. Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner konstruktive Empfehlungen beisteuern, um die bestehenden Zweifel und die tatsächlich existierenden Probleme im Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten zu verringern. Dies sollte jedoch auf einer gemeinsamen Verständigungsgrundlage darüber erfolgen, was gelungene Integration ausmacht und was wirksame Strategien sind, diese zu gewährleisten. Der Fragebogen des Innenministeriums ist hier nicht zielführend. Deshalb setzen wir auf den Dialog zwischen Experten seitens der Migrantenbevölkerung und der Verantwortlichen von Stadt und Land, um gemeinsam tragfähige Lösungen für die Zukunft unseres Landes zu entwickeln.

Prof. Dr. Artemis Alexiadou, Marta Aparicio, Kevrim Arpad, Enes Begovic, Meri Bodrozic, Hanne Braun, Georg Ceschan, Rolf Graser, Levent Güneş, Anna Koktsidou, Jama Maqsudi, Dejan Perc, Ernst Strohmaier.

Verwaltungsprivatisierung: BERLIN. Für mindestens acht Jahre hat die Bertelsmann-Tochter Arvato die Verwaltung der Gemeinde East Riding in Yorkshire übernommen. Rund 500 Mitarbeiter der Verwaltung werden zu Arvato wechseln. Arvato managt die Gemeinde, erhebt Gebühren und zieht Steuern ein. Das neue Tätigkeitsfeld ist für die Konzern Tochter ein beispielhaftes Vorzeigeprojekt, und wenn es erfolgreich abgeschlossen ist, hofft man in diesem neu geschaffenen Markt auf viele neue Kunden und viele neue, in die Kassen von Arvato-Bertelsmann „fließende Mittel“. Das schlummernde Marktvolumen soll sich allein in Großbritannien auf über acht Milliarden Euro pro Jahr belaufen. „Später zielen wir natürlich auch auf Zentraleuropa, vor allem auf Deutschland.“ Dazu haben (auch für andere Konzerne) die Politiker aller Parteien bereits mit dem „PPP/ÖPP“-Beschleunigungsgesetz vom 01.09.2005 „Tür und Tor geöffnet“. www.meinepolitik.de

Rekommunalisierung prüfen: ESSEN. Die Ratsgruppe Die Linke.PDS Essen begrüßt die Schritte von verschiedenen Stadtwerken zu mehr Unabhängigkeit von den großen Energiekonzernen und ihrem Preisdiktat. Dazu gehören der von Gelsenwasser (Stadtwerke Bochum und Dortmund) geplante Bau eines eigenen, großen Gas-Speichers im münsterländischen Epe ebenso wie der Austritt aus dem von den Großkonzernen dominierten Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft, der u.a. von den Stadtwerken Aachen, Soest und Unna beschlossen wurde. Auch in Essen sollten Schritte zur Rekommunalisierung der Energieversorgung ausgelotet werden. „Allein in Essen sind die ohnehin hohen Gaspreise in knapp einem Jahr um 25 % gestiegen. Dabei hat der E.ON-Konzern, der zusammen mit RWE 49 % der Anteile an den Stadtwerken hält und eine Monopolstellung als Vorlieferant hat, im Jahre 2004 einen Konzernüberschuss von 4,339 Mrd. Euro erwirtschaftet. Die Teilprivatisierung der Stadtwerke kommt die Verbraucher teuer zu stehen und erschwert eine eigene, kommunale Energiepolitik.“ In der nächsten Ratssitzung steht ein gemeinsamer Antrag von Die Linke., DKP und AUF auf der Tagesordnung, in dem erneut die Offenlegung der Kostenkalkulation des Gaspreises und eine Überprüfung der Vorpreise gefordert wird. Ein ähnlicher Antrag Anfang letzten Jahres war von der Ratsmehrheit abgelehnt worden. Inzwischen haben mehrere Gerichtsurteile bestätigt, dass die Kalkulation der Preise von Monopolanbietern kein Betriebsgeheimnis darstellt, sondern offengelegt

werden muss. Gleichzeitig müssen die von den Essener Stadtwerken 1996 abgeschlossenen, auf 20 Jahre festgelegten und vom Kartellamt vor wenigen Tagen für unzulässig erklärt Vorlieferverträge aufgelöst werden.

www.pds-essen-im-rat.de

Bürgerbegehren rettet Bücherbus: SOEST. Im Kreis Soest haben Bücherfreunde mit einem Bürgerbegehren ihre rollende Bibliothek gerettet. Der Kreistag hat Mitte Januar einem Kompromiss zugestimmt, nach dem der bereits eingestellte Betrieb des Bücherbusses mit einem reduzierten Betrieb wieder aufgenommen wird. Der Bus soll vorerst bis zum Jahr 2008 weiter rollen. Bis dahin will der Kreis jährlich 150.000 Euro für den Fahrbetrieb zur Verfügung stellen. Im Juni 2005 hatte der Kreistag gegen die Stimmen der SPD beschlossen, den Bücherbus zugunsten eines Medienhauses in Soest einzustellen. Eine Bürgerinitiative hatte hiergegen im letzten Sommer über 10.400 Unterschriften gesammelt. Die Initiatoren des Bürgerbegehrens hatten nach der Einstellung des Busbetriebs eine Unterversorgung der Bürger mit Leihbüchern insbesondere im ländlichen Raum befürchtet. Nach dem erfolgreichen Bürgerbegehren hatten SPD, Bürgergemeinschaft (BG) und Grüne in der Dezember-Sitzung des Kreistags den Antrag gestellt, den Bücherbus mit einem reduzierten Betrieb zu erhalten. Diesem Antrag stimmte der Kreistag nun einstimmig zu.

www.mehr-demokratie.de

Runder Tisch fordert Einführung eines Freiburg- Passes: FREIBURG/BR.. MitarbeiterInnen des „Runden Tisches“ haben am 27.01.06



dem OB der Stadt Freiburg im Namen der mehr als 60 Unterstützer-Gruppierungen, der 5000 UnterzeichnerInnen und der etwa 20.000 Menschen, die in Freiburg unter Armutsbedingungen leben müssen, die Original-Unterschriften übergeben mit der Aufruf, der Gemeinderat der Stadt Freiburg solle einen Freiburg-Pass nach dem Modell des „Runden Tisches“ einführen. Der „Runde Tisch“ betont, dass der Freiburg-Pass nicht – wie in der städtischen Mitteilung mehrfach behauptet – ausschließlich BezieherInnen von ALG II zustehen soll. Es war von Anfang an ein Hauptanliegen, alle (!!) Menschen einzubeziehen, die unter Armutsbedingungen leben müssen. Der „Runde Tisch“ hat bereits mit allen Fraktionen im Freiburger Gemein-

derat erste Gespräche über die Möglichkeiten der Einführung des Freiburg-Passes geführt. Alle Fraktionen haben Interesse gezeigt, an diesem Thema weiter mitzuarbeiten und zu beraten. Nun hat auch der Sozialbürgermeister ein Gespräch angeboten.

www.soziologie.uni-freiburg.de

Keine Ehrung für Kolonialarmee: GÖTTINGEN. Die Linkspartei-Fraktion unterstützt die Initiative zur Umwidmung des so genannten „Südwest-Afrika-Denkmales“ an der Geismar Landstraße. 102 Jahre nach dem Völkermord an den Hereros ist es an der Zeit, endlich mit dem Mythos der Helden der Deutschen Kolonialmacht zu brechen. Die Stadt Göttingen muss sich mit der ehrlosen Geschichte des 82er Regiments und des Militarismus allgemein befassen und sich jeder weiteren Ehrung der Soldaten entsagen. Als weltoffene Stadt steht es uns gut an, sich den Forderungen nach Entschädigungszahlungen anzuschließen und sich finanziell daran zu beteiligen. Aus dem Ehrenmal für Kolonialsoldaten muss ein Mahnmal gegen Kolonialismus und Rassismus werden. Das „Göttinger Antikolonialbündnis“ hat am vergangenen Wochenende ein positives Zeichen in diesem Sinne gesetzt.

www.linkspartei-göttingen.de

Gemeindesteuer-Modell: BERLIN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund lehnt das von der Stiftung Marktwirtschaft vorgestellte Modell zur Reform der Kommunalfinanzen und der Unternehmensbesteuerung ab. Dieses Modell sieht vor, die Gewerbesteuer durch eine Unternehmenssteuer mit Hebesatzrecht sowie eine Beteiligung am Lohnsteueraufkommen ohne Hebesatzrecht zu ersetzen. Die Kommunen brauchen auch in Zukunft eine Wirtschaftskraft bezogene Steuer mit Hebesatz, wie sie im Grundgesetz garantiert ist. Dabei muss der Kreis der Steuerpflichtigen größer und das Band zwischen Gemeinden und Wirtschaftsunternehmen enger werden. Dem wird das Modell bisher noch nicht gerecht. Dies gilt insbesondere für den Ersatz des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer durch eine Bürgersteuer mit begrenztem Hebesatzrecht.

Durch die Ersetzung von etwa zwei Dritteln des bisherigen Gewerbesteueraufkommens durch eine Beteiligung am Lohnsteueraufkommen wird den Gemeinden im Wesentlichen für eine Steuerquelle mit Hebesatzrecht eine Steuerquelle ohne Hebesatzrecht angeboten. Das wäre ein Verlust für die kommunale Finanzautonomie.

www.dstgb.de
Zusammenstellung: ulj

Sprachförderung ... statt ..Sprechverbot

→ Sprache vermittelt wird. Wenn Kinder jedoch angehalten werden, ihre Muttersprache nicht zu sprechen und folglich die Entwicklung dieser Sprache stagniert, wird damit die persönliche und konzeptuelle Basis für das Lernen an sich entzogen.

4) Wird die eigene Muttersprache in der Schule sogar unterrichtet, so hat das einen positiven Einfluss auf die schulische Entwicklung. Das Foyer-Programm in Belgien, im Rahmen dessen das Sprechen und Schreiben dreier Sprachen gefördert wird (die eigene Muttersprache, Niederländisch und Französisch), zeigt ganz deutlich die Vorteile des bi- und trilingualen Unterrichts.

5) Die Ablehnung der Muttersprache eines Kindes ist letztendlich auch die Ablehnung des Kindes selbst. Wenn Kindern signalisiert wird – ob explizit oder implizit –, dass sie ihre Sprache und ihre Kultur „an der Schultüre zurücklassen sollen“, dann lassen Kinder dort auch einen wesentlichen Teil ihrer Persönlichkeit, nämlich ihre Identität, zurück. Erfahren Kinder diese Art der Ablehnung, wirkt sich das auch auf ihre aktive und selbstbewusste Teilnahme am Unterricht aus. Es reicht eben nicht, die sprachlichen und kulturellen Unterschiede der Kinder nur passiv anzunehmen.

Die jungen Menschen, die derzeit in Deutschland heranwachsen, die sich kompetent in ihrer Herkunftssprache und -kultur sowie in der deutschen Sprache und Kultur bewegen können, sind ein viel zu wenig beachteter Reichtum dieses Landes. Statt Sprachen in der Schule zu verbieten, sollten endlich Maßnahmen umgesetzt werden, die mehr junge Menschen befähigen, an dieser positiven Entwicklung ihrer Potentiale teilzunehmen.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass das kulturelle, sprachliche und intellektuelle Kapital unserer Gesellschaft sich wesentlich erhöhen wird, wenn wir aufhören, kulturelle und sprachliche Unterschiede als ein Problem, das es zu lösen gilt, zu betrachten, und stattdessen offen sind für sprachliche, kulturelle und intellektuelle Ressourcen, die in unsere Schulen und unsere Gesellschaft eingebracht werden und sie systematisch entwickeln.

So gesehen ist das Verbot integrationspolitisch gut gemeint, aber kontraproduktiv, weil es weder wissenschaftliche Forschungen und Empfehlungen zur Bilingualität berücksichtigt noch den Mehrwert der Mehrsprachigkeit und Mehrkulturalität von Menschen in einer globalisierten Welt nutzt.

Prof. Dr. Artemis Alexiadou, Kerim Arpad, Rolf Graser, Levent Günes, Jama Maqsudi, PM der Stadt Stuttgart vom 30.1.

EXPRESS 11-12/2005

Lidl und der Menschen Recht

Anton Kobel zu Stand und Perspektiven der Lidl-Kampagne

Weltweit ist der US-amerikanische Einzelhandelskonzern WalMart bekannt für seinen gigantischen Umsatz – 285 Milliarden US-Dollar in 2004 – und Gewinn – 10,3 Milliarden Dollar in 2004 – sowie seinen rabiaten Umgang mit Beschäftigten und deren Gewerkschaften, mit Lieferanten, mit Politikern und Organisationen, die andere Ansichten vertreten. WalMart-freundliche Politiker werden mit großzügigen Spenden verwöhnt und gefügig gehalten. Unnachgiebig versucht WalMart jegliche gewerkschaftliche Organisierung zu verhindern bzw. zu zerschlagen. Letzteres auch im wörtlichen Sinne. So geschehen Mitte der 1990er in Windsor/ Kanada. Dort war der Handelsgewerkschaft in der CAW die Organisierung der Beschäftigten bei WalMart gelungen.

Nach – auch in der Folge noch – jahrelangen Auseinandersetzungen wurde die CAW aus dem Laden getrieben. Die US-Gewerkschaft UFCW (United Food and Commercial Workers) kann Bände voll schreiben zu Fällen gewerkschaftlicher Unterdrückung bei WalMart. So gliederte WalMart im Jahr 2000 in Arkansas die eigenen Metzgereien im gesamten Unternehmen aus, nur um die gewerkschaftliche Organisierung der Metzger zu verhindern. Seitdem verkauft WalMart in seinen SB-Warenhäusern nur noch abgepackte Fleischwaren. Anfang 2005 schloss der Konzern in Jonquiere/Kanada eine Filiale mit 190 Beschäftigten. Diese hatten sich in der UFCW organisiert. Die Ansiedlung von WalMart-Filialen ruft immer wieder örtliche Proteste hervor. Träger dieser Proteste sind Kleinhändler, die in der Konkurrenz mit WalMart chancenlos sind, Umweltschützer wegen der ökologischen Schäden der Großprojekte, Lokalpolitiker wegen der zerstörerischen Folgen für die Innenstadtkerne, Beschäftigte und Gewerkschaftsmitglieder im ortsansässigen Einzelhandel, die gegen das von WalMart praktizierte Lohndumping und „union bashing“ – Zerschlagen der Gewerkschaft – kämpfen. Zunehmend kommt es zu Allianzen gegen WalMart. Derzeit kämpft im Bundesstaat Maryland eine solche Allianz für eine bessere Krankenversicherung der WalMart-Beschäftigten, mit guten Chancen auf ein entsprechendes Votum im Parlament. Landauf, landab gibt es immer wieder Initiativen, damit den Beschäftigten die ganze geleistete Arbeitszeit bezahlt wird. Bekannt wurden 2004 umfangreiche Prozesse gegen die Diskriminierung von Frauen bei WalMart. Proteste, vor allem von 3. Welt-, Frauen- und Kirchen-Gruppen gegen die Ar-

beitsbedingungen bei WalMart-Lieferanten in sog. freien Produktionszonen allüberall in der Welt sind an der Tagesordnung.

Entscheidende, d.h. die Politik von WalMart nachhaltig verändernde Erfolge konnten bisher nirgendwo erzielt werden. Der Konzern setzt auf Umsatz und Profit und ordnet diesen Maßstäben alles unter. Sein Image interessiert ihn bisher nicht.

Lidl am Pranger

Vor einem Jahr, am 10. Dezember 2004, dem internationalen Tag der Menschenrechte, hat ver.di den deutschen Lidl-Konzern (ca. 35 Milliarden Euro Umsatz in 2004) öffentlich an den Pranger gestellt (s. express 1/2005). Seitdem vergeht keine Woche, in der nicht über fragwürdige, rechtswidrige oder unmoralische Praktiken dieses Konzerns berichtet wird. ver.di hat mit seinem „Schwarzbuch – Billig auf Kosten der Beschäftigten“ in zahlreiche Wespenester gestochen. Tausende Reaktionen – vor allem von Beschäftigten im Discount-Einzelhandel – bestätigten und ergänzten die menschenfeindlichen Umgangsformen bei Lidl und seinen Konkurrenten. Innerhalb weniger Wochen war auch die 3. Auflage des Schwarzbuchs vergriffen.

ver.di fordert von Lidl tarifliche Vereinbarungen zur Wahl von effektiv arbeitsfähigen Betriebsräten, Jugend- und Auszubildendenvertretungen sowie Vertretungen der Schwerbehinderten. Durch deren Arbeit sollen zahlreiche Missstände in den Lidl-Filialen behoben werden, vor allem unbezahlte Arbeitszeiten, ungeregelte Arbeits-, Pausen- und Freizeiten, ungesetzliche Praktiken bei der Personalkontrolle, Mobbing, Aufhebungsverträge u.ä.

Lidl auf den Spuren WalMarts

Bisher haben der Lidl-Eigentümer Dieter Schwarz und seine Manager jedes Gespräch mit ver.di verweigert, von Vereinbarungen ganz zu schweigen. Stattdessen handelt der nach außen bis zum Beginn der ver.di-Kampagne „schweigsame Riese“ im Innern. Dabei wütet er gegen gewerkschaftliche Regungen in Filialen. Die Verhinderung von Ansätzen für Betriebsratswahlen durch Gespräche, Druck, geringfügige Zugeständnisse und Versprechungen auf Besserung gehören dabei zu den „humanen“ Methoden. Hausverbote für Gewerkschaftssekretäre sind Standard. Und dennoch existiert auch bei Lidl ein „rebellisches Potential“. Dagegen setzen die Lidl-Herren ihre ganze Macht, ver-

bunden mit zahlreichen fragwürdigen Tricks zur Umgehung von gesetzlichen Rechten der Beschäftigten und zur Bekämpfung bzw. Ausschaltung von Betriebsräten.

Im fränkischen Forchheim bei Bamberg hatte die Filialbelegschaft einen aktiven Betriebsrat gewählt. Um Vernetzungen mit anderen Filialen desselben Lidl-Unternehmens zu verhindern, wurde die Filiale in einen Schnäppchenmarkt ohne Lebensmittel verwandelt und als einziger Betrieb in ein neues Lidl-Unternehmen ausgegliedert. Diesem Unternehmen verliehen die Oberen den Firmennamen „Schnapp's GmbH & CoKG“ mit Sitz bei Rostock!

Eine Lidl-Filiale in Bamberg, ebenfalls mit Betriebsrat, wurde aus dem vorherigen Unternehmen ausgegliedert. Mit diesen juristischen Tricks soll die von diesen beiden Betriebsräten beabsichtigte Bildung eines Gesamtbetriebsrates verhindert werden.

In Calw/Nordschwarzwald schloss Lidl zum 30. September 2005 die Filiale, obwohl der Mietvertrag noch dreieinhalb Jahre weiter gilt. Auch die 13 Beschäftigten dieser Filiale hatten einen aktiven Betriebsrat gewählt. Und noch etwas prädestinierte diese für eine Lidl-typische Sonderbehandlung. Sie hatten sich im Juni wie ihre Kolleginnen in Forchheim und Bamberg an einem Warnstreik während der Tarifrunde Einzelhandel beteiligt. Das schien nun doch ein Übermaß von Inanspruchnahme demokratischer Rechte zu sein. Von September bis November 2005 spielte sich ein Krimi ab. Umsatz und Kosten spielten für Lidl keine Rolle. Die gewinnbringende Filiale wurde widerrechtlich ohne ordnungsgemäße Beteiligung des Betriebsrates geschlossen. Auch eine einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichtes Pforzheim mit der Androhung von 250000 Euro Ordnungsgeld gegenüber Lidl blieb ohne Eindruck. Die Lidl-Oberen ließen Ware abtransportieren, montierten das Telefon ab, die Schlosser und Schilder wurden von Detektiven ausgewechselt, des Nachts wurden die Scheiben im Lagerraum eingeschlagen. Die Oberen verbreiteten Märchen, wonach die Filiale wegen Renovierung geschlossen bleibe, später hieß es dann „... zum 1. Oktober '05 stillgelegt ...“. Von fehlendem Umsatz war die Rede, von der Unmöglichkeit, in Calw an anderer Stelle eine neue Filiale zu bauen und während der Bauzeit die bisherige weiterzubetreiben.

Die Belegschaft erhielt ungeahnte Unterstützung vor Ort von den Kunden, Pfarrern, Politikern. Die ehemalige Justizministerin Däubler-Gmelin, der ehemalige IGM-Vize und Arbeitsminister a.D. Walter Riester, der Krimi-Autor Felix Huby intervenierten. Lidl musste akzeptieren, dass sich die Belegschaft seit dem 1. Oktober in einer Dauer-Betriebsversammlung befand. Die Kosten

für den Tagungsraum in einem Hotel übernahm Lidl. Offensichtlich waren keine Kosten und kein Imageverlust zu groß, um die Schließung der Filiale und damit die Auflösung der Belegschaft und ihres Betriebsrates zu betreiben. Lidl wollte wohl Zeichen setzen in den Spuren von WalMart.

Am 1. Dezember wurde in einer Einigungsstelle ein Interessenausgleich und Sozialplan abgeschlossen. Die Filiale bleibt zu, die Beschäftigten werden in nahe gelegene Filialen mit sozialen Absicherungen versetzt bzw. können aus dem Unternehmen mit Abfindung ausscheiden. Der Betriebsrat bleibt noch bis zum 30. Juni 2006 im Amt. Lidl zahlte einen hohen Preis, um eine organisierte Belegschaft loszuwerden. Ein Geheimnis von ver.di BaWü bleibt es, warum es zumindest für die Lidl-Filialen in Baden-Württemberg kein einziges Flugblatt zum Konflikt in Calw gegeben hat.

In München wollte die Belegschaft der Filiale Berg-am-Laim im Juli 2005 einen Betriebsrat wählen. Ein Gebietsverkaufsleiter führte stundenlang Gespräche mit den Betriebsratswilligen, die mehrheitlich nach und nach von ihrem Vorhaben abließen. Zum Schutze der Wahl hatte ver.di dies öffentlich gemacht und Prominente als Paten gewonnen. Selbst der Münchener Oberbürgermeister Ude, zahlreiche Künstler und Prominente sowie eine große Presseöffentlichkeit konnten die Wahl nicht mehr ermöglichen. Trotz dieser Unterstützung von außen kündigte Lidl einer der Initiatoren der BR-Wahl, Lidl begründete öffentlich und schriftlich diese Kündigung: „... Die Kündigung, die als ‚menschenverachtendes Vergehen‘ dargestellt wurde, gründete einzig und allein auf der Tatsache, dass am Tag nach der gescheiterten Wahl andere Kollegen von dieser Mitarbeiterin auf das Gröbste beleidigt und unhaltbare Verleumdungen ausgesprochen wurden. Eine weitere Zusammenarbeit im Sinne unserer Grundsätze von Fairness und gegenseitigem Respekt aller Mitarbeiter wurde damit unmöglich und allen anderen Mitarbeitern in der Filiale nicht mehr zumutbar ...“

Im ganzen Konzern nehmen die Kontrollen zu. Das Personal steht offensichtlich unter dem Generalverdacht zu klauen. Im Dienstleistungszentrum Geisenfeld, das zum Konzernunternehmen Kaufland Logistik gehört, wurde den eigenen Beschäftigten und denen der Leasingfirmen am 16. September 2005 die „Anweisung transparente Taschen“ überreicht. Danach „... dürfen ab Montag, den 3. Oktober 2005 keine Taschen, Beutel, Rucksäcke, Handtaschen usw. mit auf das Gelände ... genommen werden. Damit Sie aber weiterhin Wechselkleidung und Brotzeit mitbringen können, werden wir gegen Unterschrift an der Pforte vom 29. September 2005 bis 2. Oktober 2005 transparente Taschen

ausgeben, die innerhalb des Geländes verwendet werden dürfen. Jedem Mitarbeiter steht eine Tasche zu, welche von Kaufland gestellt wird (diese Ausgabe wird per Unterschriftenliste festgehalten). Jeder weitere Bedarf an transparenten Taschen kann an der Pforte mit einem Betrag von Euro 0,50 erworben werden. Beim Verlassen des Geländes (Ausgang Pforte) wird vom Wachpersonal folgendes kontrolliert: Einsicht in die transparenten Tasche, Einsicht in verschlossene Behälter (Brotdose etc.) in transparenten Taschen, Einsicht in den Inhalt der Jackentaschen... Bei Verstößen gegen diese Anweisung wird mit arbeitsrechtlichen Maßnahmen vorgegangen. Mit freundlichen Grüßen Thomas E. Wahl, Namens und im Auftrag des Geschäftsführers Herrn Friedrich“

Zahlreich sind Diffamierungen von ver.di. Dem Personal scheint nicht zu trauen zu sein. Vielleicht wollen die sich doch irgendwo auskotzen, Rat holen gegen ungerechte Behandlungen, unbefristete Arbeitszeit u.ä. Aber auch da bietet Lidl einen internen Ausweg: „Neu bei Lidl ... gibt es den Mitarbeiter für Personal und Soziales. Für alle Probleme, die Sie nicht mit Ihrem Vorgesetzten klären können oder wollen, steht Ihnen Herr Eppert ab sofort gern zur Verfügung. Dinge, die Sie bewegen, können jederzeit diskret in einem Klima des Vertrauens besprochen werden, um gemeinsam Lösungswege zu finden, die Ihnen das Arbeiten im Unternehmen erleichtern: Offenheit schafft Vertrauen und hilft Probleme zu lösen!“ (aus einer Lidl-internen „Mitarbeiter-Information Aug. '05“) Lidl-interne, unternehmenseigene Vertrauensleute und Problemlöser statt Betriebsräte scheinen als Mittel geeignet!

Lidl und die Öffentlichkeit

Der öffentlichkeitscheue Konzern hat unmittelbar im Zusammenhang mit dem ver.di-Schwarzbuch eine PR-Agentur gemietet, die auf Abwehr-Kampagnen spezialisiert ist. Neben goodwill-Aktivitäten – hier mal eine Spende, dort mal eine Kooperation – wurde auch größeres Kaliber aufgefahrt. So wurde eine aufwändige Fernsehwerbung geschaltet: „1000 Superazubis“ sollen „in diesem Jahr für Deutschland“ gewonnen werden. Wenn man den Lidl-internen Veröffentlichungen glaubt, sollen sich Tausende beworben haben: „Allein in Lampertswalde bewarben sich über 3500 Jugendliche...“, und an gleicher Stelle steht zu lesen: „Unsere Gesellschaft hat allein mit 30 Azubis in diesem Jahr dazu beigetragen, dieses Ziel zu verwirklichen.“ 117 Bewerbungen auf eine offene Stelle! Kein sehr origineller Reklamegag, um von Missständen im Konzern abzulenken. Niemand kann kontrollieren, ob diese 1000 Superazubis tatsächlich eingestellt wurden, und wenn ja, ob es dann 1000 zusätzlich wa-



→ ren. Und kein Wort darüber, dass der Konzern alles tut, um die Wahl von Jugend- und Auszubildendenvertretungen genauso zu verhindern wie die von Betriebsräten und Vertretungen für Schwerbehinderte.

Wenn die soften Gags zur Imageverbesserung nicht ausreichen, wird die Anzeigenmacht von Lidl eingesetzt. Damit sollen nicht nur Kunden gewonnen, sondern auch die regionalen Zeitungen gewogen gemacht werden. Auch da langen die Lidl-Herren zu.

Der Fall einer Journalistin der Badischen Neuesten Nachrichten/Karlsruhe (BNN) bezeugt die vordemokratische Gutsherrenart der Lidl-Manager. Die Journalistin hatte in einem Bericht über das Lidl-Lager in Bietigheim bei Rastatt/Karlsruhe die Überschrift „Handarbeit bei bis zu 24 Grad minus“ gewählt, damit leicht kritisch über die Arbeitsbedingungen im Lager berichtet und im Text das ver.di-Schwarzbuch erwähnt. Das war alles zuviel der Kritik. Die Lidl-Manager ließen die Geschäftsführung der BNN nach Neckarsulm, dem Sitz des Konzerns kommen. Die Chefredaktion legt Wert auf die Feststellung, dass sie aus freien Stücken gegeist sei. Ergebnis war die fristlose Kündigung der Journalistin. Der Fall erregte soviel Aufsehen und die Kündigung war rechtlich so unhaltbar, dass die Kündigung zurückgenommen wurde und das ganze Wochen später mit einer Abmahnung für die Journalistin endete. Auch dies kein Lehrbeispiel für die Achtung demokratischer Rechte durch Lidl.

ver.di attackiert, und viele treffen Lidl

Nach der Veröffentlichung des Schwarzbuchs hat ver.di eine langgezogene Kampagne gegen Lidl gestartet. Vieleorts sind schon relevante Teile von ver.di einbezogen. Ein Schwergewicht liegt auf den Aktivitäten vieler ver.di-Mitglieder in ihrer Rolle als Kunden bei Lidl. Sie versuchen, den Lidl-Beschäftigten Mut zu machen für Betriebsratswahlen und gewerkschaftliche Organisierung. Bisher sind drei die Kampagne begleitende Schwarz-Markt-Zeitungen erschienen. Zwei Lidl-Kundenwochen, umfangreiche Pressearbeit, Filialbesuche trotz Hausverboten, Prominente und Künstler, soziale Netzwerke und Zusammenarbeit mit Gruppen aus den Neuen Sozialen Bewegungen wie attac machen die Kampagne so richtig bunt und schlecht berechenbar.

attac hat bundesweit seit drei Monaten eine aktive eigene Kampagne gegen die Discounter im Einzelhandel mit dem Schwerpunkt Lidl laufen („Lidl ist nicht zu billigen!“).

Die vielfältigen Proteste vor Lidl-Filialen machen Lidl nervös, und sie zeigen Wirkung. Lidl sucht mittlerweile das Gespräch mit attac, Greenpeace u.a.: So gab es am 8. Dezember 2005 ein erstes Gespräch des Lidl-Chefs Gehrig, seiner

Kommunikationschefin Böttner und eines weiteren Managers mit Vertretern von attac, Bananafairs und dem Bauernverband, der Lidl seit Monaten wegen der Dumping-Milchpreise angreift.

Die plötzliche Gesprächsbereitschaft von Lidl, wenn auch (noch) nicht mit ver.di, hat Gründe. Lidl entwickelt sich nach Schlecker zum bundesweit anerkannten und verachteten geldgierigen und rechtsscheuen Buhmann. Ende 2004 machte ihm schon die Verleihung des Big Brother Award wegen seines Umgangs mit Verkäuferinnen zu schaffen. Nun kam noch attac dazu. Gerade als sich Lidl entschlossen hatte, attac nicht mehr zu ignorieren, kam der nächste Treffer. Greenpeace verlieh Lidl die Negativ-Auszeichnung, die am meisten vergifteten Lebensmittel im deutschen Einzelhandel zu verkaufen. Das war nun doch zu viel der Ehrung! Lidl schaltete großflächige Anzeigen dagegen, in denen es seine von Greenpeace besser bewerteten Konkurrenten mit ins schmutzige Boot zog: „Deutsche Lebensmittelhändler kaufen in der Regel ihr Obst und Gemüse von den gleichen Lieferanten/Erzeugern in Deutschland, Spanien, Italien, Holland, usw. ...“ Gleichzeitig wollte es sich selber von den Problemen freisprechen mit dem Hinweis: „Anerkannte, vereidigte Sachverständige, wie zum Beispiel: Labor Piorr/Neulussheim ... bestätigen in über 4 500 Gutachten pro Jahr die Qualität von Obst und Gemüse bei Lidl...“. Diese Behauptung war ein Gau! Am 13. Dezember 2005 ließ Labor Piorr Lidl diese Behauptung gerichtlich untersagen und verlangt eine gleichgroße Richtigstellung. Das wären immerhin 1-2 ganze Seiten.

Lidl boykottieren?

Allerorten finden Diskussionen über den Boykott von Lidl statt. Viele Menschen tun dies schon jetzt. Die einen gehen schon immer nicht hin, andere verweigern seit dem Schwarzbuch ihre Euros, andere kaufen bewusst wenig und gezielt bei Lidl, z.B. die wenig gewinnträchtigen Sonderangebote, wieder andere machen nur kleine Umsätze, um die Gelegenheit zum Gespräch mit den VerkäuferInnen zu haben. Der Gau mit den vergifteten Lebensmitteln und der Falschbehauptung wird den Boykott verstärken. Eine für Lidl verlustträchtige Aussicht zum Jahresende 2005. Und was bringt das Jahr 2006? Wahrscheinlich eine Internationalisierung des Konflikts. Von WalMart kann nicht nur Lidl lernen, sondern auch die alte soziale Bewegung Gewerkschaft, und die Neuen Sozialen Bewegungen sowieso. Letztere sind zur Zeit in den USA und Kanada die Gegner, die WalMart am meisten zu schaffen machen.

Aus: express, Zeitschrift für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 11-12/05

Bildungspolitik

Wege aus der Krise

IG Metall und ver.di plädieren für eine Qualifizierungsoffensive

(GL) PISA und Hochschulmisere verdecken, dass die Defizite in der Berufsbildungspolitik ebenso gravierend ausfallen. Seit Mitte der neunziger Jahre stagnieren die Ausgaben der Betriebe für die Qualifizierung der Beschäftigten. Rund 75 Prozent der kleineren und mittleren Betriebe betreiben gar keine Weiterbildung. Und für die Weiterbildung der Arbeitslosen ist die Finanzierung in nur zwei Jahren mehr als halbiert worden. Im internationalen Vergleich sei Deutschland nur drittklassig, moniert ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske.

Seine Kritik bezieht die scharfe Selektion im Qualifizierungsprozess ein. Denn von Weiterbildungsmöglichkeiten können geringer Qualifizierte immer weniger partizipieren. 44 Prozent der Akademiker nehmen an Weiterbildung teil, aber nur 11 Prozent der Beschäftigten ohne Berufsabschluss. Das deutsche Bildungssystem, so die gewerkschaftliche Kritik, ist nicht auf Förderung, sondern auf soziale Selektion ausgerichtet. Das wollen ver.di und IG Metall mit bildungspolitischen Impulsen ändern. Ein wissenschaftlicher Beraterkreis, von beiden Gewerkschaften eingerichtet, hat am 30. und 31. Januar 2006 während einer Fachtagung mit 200 Betriebs- und Personalratsmitgliedern im Berliner ver.di-Haus unter dem Titel „Bildung ist keine Ware“ eine Streitschrift zur beruflichen Aus- und Weiterbildung vorgelegt. Im Mittelpunkt des Papiers steht ein Plädoyer für ein hochqualifiziertes Potenzial von Arbeitskräften und eine personalorientierte Ökonomie. „Kon-

Europa bedrängt das deutsche Berufsprinzip

(GL) Der deutschen Aus- und Weiterbildung droht aus Brüssel Ungemach.

Mit mehreren Initiativen gerät das „Berufsprinzip“ in Bedrängnis. Dazu könnten der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) sowie das Europäische Kreditpunktesystem (ECVET) beitragen. Beides soll größere Mobilität der ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer in Europa und Transparenz der Qualifikationen fördern.

Die Konzepte über EQR und ECVET sind von der EU-Kommission den nationalen Regierungen, den Tarifparteien und Bildungsanbietern im Juli 2005 zur Stellungnahme zugegangen. EQR beschreibt Qualifikationen, und ECVET umreißt Lernergebnisse durch die Vergabe von Leistungspunkten (credit points).

Weiterbildung in der Bildungspolitik gleicht einem Flickenteppich. Kann sie besser strukturiert werden? Die Weiterbildung gilt nahezu als „Allzweckwaffe“ für die Lösung vieler Zukunftsfragen. Die Koalition will die Weiterbildung zur vierten Säule des Bildungssystems ausbauen und bundeseinheitliche Rahmenbedingungen herstellen. Wir fordern dazu ein Bundesgesetz zur beruflichen Weiterbildung. Das wäre ein Schritt, den die rotgrüne Koalition nicht gewagt hat.

Und welchen Beitrag kann die gewerkschaftliche Tarif- und Betriebspolitik dazu leisten?

Weiterbildung muss eine gesellschaftliche Aufgabe sein, mit den Akteuren

zepte, die auf einen Niedriglohnsektor und Ungleichheit als Preis für Beschäftigung setzen, führen auch im internationalen Wettbewerb in die Sackgasse.“

Deutsches System auf soziale Selektion ausgerichtet

Bildung brauche mehr öffentliche Verantwortung, appellieren die Autoren an die Gewerkschaften: „Streitet für ein gerechtes und solidarisches System lebenslangen Lernens als Aufgabe des Sozialstaates. Marktradikale Bildungsmodelle und Strategien mit ihren Leitbildern von verengter ökonomischer Anpassung, Individualisierung, Privatisierung und Konkurrenz sind nicht nur nicht gerecht, sondern auch nicht effizient für die Gestaltung der Zukunft.“

Die Experten appellieren außerdem an die Gewerkschaften, am Berufsprinzip im Qualifizierungsprozess festzuhalten. „Die Aufgabe des Berufsprinzips zu Gunsten wechselnder Ad-hoc-Anpassungsqualifizierung und bloßer

Staat, Tarifvertragsparteien und Betriebe. Wir wollen Weiterbildung besser und umfassender in Tarifverträgen verankern. Als Gewerkschaft wollen wir uns als verlässlicher Partner für Information und Beratung aufstellen. Und wir wollen Betriebs- und Personalräte stärker bei der Entwicklung einer aktiven Weiterbildungskultur in der Arbeitswelt unterstützen.“

ver.di fragt nach der sozialen Dimension der Weiterbildung. Wie ist das gemeint? Wir fragen da nach Selektion und Ausgrenzung: Weiterbildung nur für jene, die es sich leisten können? Es geht um Teilhabe an sozialen und kulturellen Ressourcen. Das sehen wir als neue soziale Frage.

Beschäftigungsfähigkeit gefährdet nicht nur Alternativen zu tayloristischer Arbeitsorganisation, sondern auch die Interessen des einzelnen Arbeitnehmers an betrieblicher Mobilität“, heißt es in der Empfehlung. Weiter plädieren sie für lernförderliche Arbeitsplätze, die Erweiterung der Berufsschulen zu beruflichen Kompetenzzentren, fondsfinanzierte Aus- und Weiterbildung und ein neues System zur Weiterbildungsförderung für Erwerbslose.

Für den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske ist ein Erwachsenen-Bafög erwägenswert, wie es in anderen Ländern praktiziert wird: „Deutschland braucht ein neues solidarisches Weiterbildungssystem, das allen mehr und kontinuierliche Teilnahme ermöglicht,“ fordert Bsirske. Es müsse an Gerechtigkeit und Chancengleichheit orientiert sein und der massiven Selektion benachteiligter Gruppen entgegenwirken.

DIHK mahnt „Deutschpflicht“ an.

FAZ, Mo., 30.1. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), L. G. Braun, röhmt die Errungenschaften des Ausbildungspaktes, z.B. „die Einstiegsqualifikationen, die wir als Chance für die besonders schwachen Schulabgänger eingeführt haben ... Jeder dritte Jugendliche, der diesen Weg eingeschlagen habe, komme aus einem Elternhaus mit Migrationshintergrund. Mehr als jeder zweite Jugendliche schaffe danach den Sprung in den regulären Arbeitsmarkt ...“ Man dürfe die Unternehmen aber nicht regelmäßig heranziehen, um Versäumnisse der Schule oder des Elternhauses auszugleichen. Vor allen Dingen müssten Auszubildende die deutsche Sprache ausreichend beherrschen. „Eine selbstverständliche Deutschpflicht nicht nur in den Klassenräumen, sondern auch auf Schulhöfen und auf Klassenfahrten halte ich deshalb für den richtigen Ansatz.“

BDA-Präsident forciert späteres Renteneintrittsalter. D. Hundt, BDA-Präsident, sichert Bundesarbeitsminister F. Müntefering die volle Unterstützung der Wirtschaft zu bei der Beschleunigung der Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters. Die Lebenserwartung der Sechzigjährigen wachse derzeit jedes Jahr um zwei Monate. „Deshalb wäre die Anhebung des Rentenalters um nur einen Monat pro Jahr zu langsam“ erklärte Hundt.

DIHK: Azubis sollen Ausbildungsplätze mit finanzieren. *FAZ, Di., 31.1.* L. G. Braun, DIHK-Präsident, rief die Sozialpartner zum wiederholten Male auf, die missliche Lage am Lehrstellenmarkt durch tarifliche Lösungen zu verbessern. Wo betriebliche Vereinbarungen möglich seien, sollten Lehrlinge auf einen Teil der Vergütung verzichten und so das verfügbare Ausbildungsbudget auf mehr Jugendliche verteilen.

„ver.di unterstützt die von der EU-Kommission angestrebte Verwirklichung eines europäischen Bildungsraumes.“

Wir treten seit langem für mehr Transparenz und Durchlässigkeit beruflicher Aus- und Weiterbildung ein, für die wechselseitige Anerkennung erworbenen Qualifikationen. Zu befürchten ist aber, dass mit EQR und ECVET wichtige und bewährte Strukturen der dualen Berufsbildung abgelöst werden“, beanstandet Dorothea Müller, für Bildungspolitik verantwortliches ver.di-Vorstandsmitglied.

Ihre Kritik bezieht sie auf den Trend zu stärkerer Zergliederung von Lernprozessen und Zerstückelung von Wissensständen.

Folgen könnte daraus eine weitere Taylorisierung von Arbeitsformen mit weitreichenden negativen Folgen für Ent-

lohnung und erschwerete Mitgestaltung. ver.di lehnt EQR und ECVET in der gegenwärtigen Fassung ab, will sich aber einer Weiterentwicklung nicht verschließen.

Die Kritik wird von der Münchner Sozialwissenschaftlerin Ingrid Drexel gestützt.

„Das von der Kommission präsentierte EQR/ECVET-System würde mit großer Wahrscheinlichkeit das Duale System eliminieren. Zerstört würden auch die gesellschaftlichen Funktionalitäten, die dieses System sowohl für die berufliche Bildung eines großen Teils der künftigen Arbeitnehmer als auch für eine Reihe darauf aufbauender gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse – Arbeitsorganisation, Arbeitsmarkt, Entlohnung und industrielle Beziehungen – mit sich bringt.“

Deutscher Städetag fürchtet steigende kommunale Defizite.

HB, Fr./Sa., 3./4.2. Trotz gestiegener Gewerbesteuereinnahmen um 12,5 % in 2005 auf 31,8 Mrd. Euro fürchtet der Städetagspräsident, C. Ude, weiter hohe Defizite und wenig Spielraum für kommunale Investitionen. Diese machten ca. zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen aus, seien aber seit 1992 um 45 % zurückgegangen. Die Kassenkredite aller Kommunen stiegen um 3,6 Mrd. auf 23,7 Mrd. Euro. Die zur kurzfristigen Überbrückung finanzieller Engpässe gedachten Kredite seien seit 2000 um 17,5 Mrd. gestiegen. „Die Kommunen müssen inzwischen permanent mit hohen Milliardenbeträgen ihr Konto überziehen, um ihre Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu bezahlen“, so C. Ude.

Presseauswertung: rst

Das Neue Deutschland berichtet über ein **Treffen der WASG Landesverbände**:

„Ob übertrieben oder nicht:

Am Sonntag trafen sich die Bundes- und Landeschefs der WASG, um die »politische Situation« zu beraten. Von einer Krisensitzung, von der in der Presse auch die Rede war, will man beim Bundesvorstand zwar nichts wissen. In dem Prozess »der Überwindung von Spaltungen und organisatorischen Eifersüchteleien«, heißt es dann aber in der Mitgliederinfo, »gibt es Probleme und Widerstände«.

Eine Möglichkeit, diese aus dem Weg zu räumen, hat Ende letzter Woche der WASG-Vorstand Klaus Ernst ins Spiel gebracht: Eine Urabstimmung noch vor dem Sonderparteitag im April könnte den Wunsch der WASG-Mehrheit nach Fusion mit den Sozialisten zum Ausdruck bringen, lähmende Diskussionen auf dem Delegiertentreffen vermeiden und die Gegner der PDS-Kooperation vor die Wahl stellen, sich weiter in der Partei zu engagieren oder nicht. Eine Urabstimmung kann entweder von einem Bundesparteitag, vom Länderrat oder aber dann angestoßen werden, wenn eine relevante Mitgliederzahl hinter dem Vorschlag steht. So könnte die Initiative zum Beispiel von drei Landesverbänden ausgehen, die zusammen mindestens 20 Prozent der Mitglieder organisieren. Ursprünglich war die Urwahl für die Zeit nach dem Parteitag geplant, der aus Satzungsgründen allerdings verschoben werden musste.

In der Erklärung des Vorstandes vom Wochenende ist von einer vorgezogenen Mitgliederbefragung indes keine Rede. Man werde »gemeinsam versuchen, die Hindernisse im Parteibildungsprozess zu überwinden«, heißt es in dem Papier. Hoffnung setzt die WASG-Spitze in die gemeinsame Programm-Debatte mit der Linkspartei, die in den nächsten Wochen auf der Basis eines Eckpunktepapier beginnen soll. Eine Debatte um politische Inhalte und Ziele könnte den Blick auf anderes lenken als auf den Fusionsstreit.

Der Kandidat der Linkspartei.PDS bei den **Oberbürgermeisterwahlen in Leipzig**, Dr. Dietmar Pellmann, erhielt 21.867 Stimmen gleich 15,5% der Stimmen. Die Linkspartei büßte ca. 10% der Stimmen gegenüber der letzten Kommunalwahl ein. Die SPD konnte von der Linkspartei, aber auch von den Grünen Stimmen gewinnen.

Personeller Neuanfang in Neumünster
Die ehemalige Landesvorsitzende Edda Lechner zog ein insgesamt positives Fazit. Der scheidende Landesvorstand hatte drei Wahlkämpfe zu be-

streiten und zahlreiche Verwerfungen innerhalb der Partei hinzunehmen. Edda Lechner gehört dem Landesvorstand weiterhin als Beisitzende an.

Bei der Wahl der Landesvorsitzenden kam es zu zwei Kampfabstimmungen. Es setzten sich dabei die 55-jährige Lübeckerin Antje Jansen und der 47-jährige Heinz-Werner Jezewski durch. Zum Landesschatzmeister wurde Uli Schippels, Gründungsmitglied der Linkspartei Schleswig-Holstein, gewählt. Als Schriftführer konnte sich Jan van Lil durchsetzen, Edda Lechner und Anke Diercks sitzen als Beisitzrinnen im neuen Landesvorstand.

Bernd Jenning und Florian Reinhardt – alte und neue Mitglieder der Finanzrevisionskommission – erhalten künftig Unterstützung von Raju Sharma. In die Landesschiedskommission wurden gewählt: Gaby Böhme, Mecki Förthmann, Stefan Rudau, Heiko Winkel-Rienhoff und Thorsten Lünemann. Als Delegierte zum 10. Parteitag der Linkspartei in Halle wurden Nidida Schweda, Asja Huberty, Mecki Förthmann und Christoffer Sühlsen bestimmt.

Auf den neuen Landesvorstand wartet viel Arbeit. In Entschließungen wurde gleich ein ganzer Katalog von Initiativen eingebbracht. Die Landesregierung wird aufgefordert, die vollständige Gleichstellung der Schulen der dänischen Minderheit mit den deutschen Regelschulen gesetzlich zu verankern. Die Linkspartei lehnte in einer Entschließung mit überwältigender Mehrheit das Vorhaben einer festen Fehmarn-Belt-Querung ab und erteilte dem Vorhaben des Innenministers, das Polizeirecht in Schleswig-Holstein verschärfen zu wollen, eine klare Absage. *Pressemitteilung*

HAMBURG. Rund 180 Menschen, Mitglieder und Sympathisanten beider Parteien, aber auch zahlreiche Gäste, folgten am 5. Februar zur **Einweihung der Räume der linken Bürogemeinschaft von Linkspartei.PDS, WASG und dem neuen Wahlkreisbüro des par-**

teilosen Hamburger Abgeordneten

Norman Paech (Die Linke). Begrüßt werden konnten u.a. der ver.di-Landesvorsitzende Wolfgang Rose (SPD), der in einer kurzen Ansprache „viel Erfolg“ wünschte, Sprecher und Sprecherin von Mehr Demokratie e.V., Personen aus dem Kulturleben, Rechtsanwälte, die im Wahlkampf eine Sammelanzeige für Norman Paech veröffentlicht hatten, frühere Abgeordnete von Regenbogen und Vertreter der DKP. Regenbogen erwägt, ebenfalls in die Bürogemeinschaft einzuziehen, die DKP hatte das Angebot abgelehnt. – Die Bildung der Bürogemeinschaft ist Ausdruck der in Hamburg im Großen und Ganzen guten Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien. Schon im November war mit einem gemeinsamen stadtpolitischen Workshop der Startschuss zur Erarbeitung eines stadtpolitischen Programms gegeben worden, nicht zuletzt im Blick auf die Wahlen zur Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen 2008. Auch finden regelmäßig gemeinsame Vorstandssitzungen durch, auf denen kurz- und mittelfristige Arbeitsschwerpunkte erörtert und Aktivitäten koordiniert werden, etwa zur Unterstützung der Proteste gegen die geplante Privatisierung städtischer Unternehmen oder gegen drohendes Bettlerverbot.

scc

Bild unten: MdB Norman Paech (1. Reihe rechts) begrüßt die Gäste, u.a. Wolfgang Rose (links im Bild)

Verwaltungsgericht Hamburg weist Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zurück. Wie berichtet, hatte der Hamburger **Verfassungsschutzpräsident Vahldieck** nach dem **Einzug der Linkspartei in den Bundestag** **Landessprecherin Christiane Schneider** in der Öffentlichkeit diffamiert, indem er u.a. behauptete, mit dem von ihr verlegten Gefangen Info würden terroristische Aktionen gerechtfertigt. Das Gericht traf allerdings keine Entscheidung in der Sache, sondern zog sich darauf zurück, dass die Wiederholungsgefahr gering sei. Eine Rückendeckung für die diffamierenden Äußerungen Herrn Vahldiecks sieht jedenfalls anders aus. Es besteht nun die Möglichkeit, Unterlassungsklage zu erheben, die Entscheidung ist noch nicht gefällt.

Zusammenstellung: jöd



Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien

Die im VSA-Verlag veröffentlichte Publikation geht auf eine gemeinsame Arbeitstagung der Funktionsbereiche Gesellschaftspolitik / Grundsatzfragen und Tarifpolitik sowie dem Projekt „Gute Arbeit“ beim Vorstand der IG Metall zusammen mit „WISSENTransfer“ im Juli 2005 zurück. Die Beiträge der Autorinnen und Autoren sollen dem Einleitungsbeitrag zufolge eine als überfällig empfundene und dringend gewünschte Strategiedebatte in den Gewerkschaften entwickeln helfen.

Die Autorinnen und Autoren sind sich in einem nahezu einig. Die Erwartungen und die Mitte der achtziger Jahre formulierten Hoffnungen auf die Perspektive einer qualifizierten, weniger entfremdeten, in teilautonomen Gruppen strukturierten Industriearbeit sind verblasst. In weiten Bereichen musste die Erfahrung eines arbeitspolitischen Rollback gemacht werden. Prekarisierung der Arbeit, Re-Taylorisierung, marktzentrierte Leistungssysteme und erneute Intensivierung der Arbeit sowie Arbeitszeitverlängerung machten innovative Ansätze schnell zunichte. Statt dessen sorgten zunehmend am Kapitalmarkt orientierte Unternehmensführungen und eine an finanziellen Kenn-

ziffern orientierte Unternehmenskontrolle für ein Scheitern vieler Initiativen für „gute Arbeit“. Zudem führte die nunmehr seit Beginn des neuen Jahrhunderts andauernde Stagnationsphase zu einer weiteren Verschärfung der Konkurrenz. Dadurch erhöhte sich der Druck zur Verkürzung von Produktentwicklungs- und Produktionszeiten. Ins Zentrum rückte die Verfolgung rigider betriebswirtschaftlicher Programme zur Senkung der Arbeitskosten.

Dennoch geht es dem Autor Michael Schumann auch in dieser Situation darum, verbliebene oder neu entstehende Spielräume für eine anti-tayloristische Gestaltung von Industriearbeit auszuloten: u.a. durch eine auf teilautonome Gruppenarbeit fußende Arbeitsorganisation und eine Betriebsorganisation, die eine De-Hierarchisierung mit erweiterten Funktionszuschnitten kopiert. Dieser „New Deal“ soll den Unternehmen eine Optimierung ihrer Arbeits-, Kapital- und Prozessproduktivität ermöglichen und für die Beschäftigten eine neue Rolle als „Modernisierungsmittel“ mit erhöhter Beschäftigungssicherheit ermöglichen.

Dieter Sauer sieht diesem Plädoyer allerdings zunehmend den Boden entzogen. Auf unter zehn Prozent des gesellschaftlichen Gesamtarbeitskörpers schätzt er die Reichweite realisierter Modelle innovativer Arbeitspolitik. Er plädiert stattdessen für die Profilierung einer eigensinnigen Arbeitspolitik: Widerstandslinien aufbauen, um schlechter Arbeit Grenzen zu setzen; verwundbare Arbeitsverhältnisse tarifvertraglich und gesetzlich absichern, um der Prekarisierung der Arbeit Dämme entgegen zu setzen.

Einig sind sich die Autorinnen und Autoren hingegen in Folgendem: Die Anforderungen an die Gewerkschaften

werden komplexer, auch weil sich die Arbeitslandschaft ausdifferenziert. Während auf dem Pol der Know-how-Träger die Sicherung von Eigenständigkeit und der Schutz vor gesundheitsgefährdenden Leistungsanforderungen zugenommen haben, wächst zugleich der Pol der prekär Beschäftigten stark an.

Nach Klaus Dörre ist dem „Neuen Produktionsregimes“ mit klassischer Taylorismuskritik nicht beizukommen. Längst sei durch die „Entgrenzung von Arbeit“ über die tayloristische Formen der Zeiterfassung, Leistungsregulierung und Entgeltsysteme hinweggegangen worden. Und auch in Bereichen „schlechter Arbeit“ stoßen klassische Humanisierungsansätze schnell an Grenzen: Der Traum des Leiharbeiters sei es nun mal, Stammarbeiter zu werden. Gegenüber diesem Traum verblasen die Widrigkeiten belastender, monotoner Tätigkeiten. Das Streben nach einer Entlohnung, die ein dauerhaftes Auskommen sichert, beginnt alles andere zu überlagern. Gruppen, die sich in der Prekarität einrichten, seien für eine Humanisierungspolitik kaum zu gewinnen. Eine Politik der Entprekarisierung hätte an mehreren Punkten anzusetzen. An der Bekämpfung von Armutslöhnen durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, an der Verständigung über Kriterien und Standards für gute Arbeit, die auch der aus Prekarisierung erwachsenden „Innovationsfaulheit“ in Kreisen des Managements entgegenwirkt.

Die Beiträge in „Arbeitspolitik kontrovers“ lassen sich im Sinne einer gewerkschaftlichen Strategiedebatte folgende Deutungen zu:

„Besser statt billiger“, ist der Strategieansatz in der IG Metall, der auf eine Konzentration der gewerkschaftlichen

Richard Detje/Klaus Pickshaus/
Hans-Jürgen Urban (Hrsg.)

Arbeitspolitik kontrovers

Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien

216 Seiten; € 16,80; ISBN 3-89965-148-0



216 Seiten (2005), EUR 16.80 ISBN
3-89965-148-0

Autorinnen und Autoren:

Wolfgang Alles ist Mitglied im Betriebsrat von Alstom Power Generation in Mannheim. *Udo Belz* ist Betriebsratsvorsitzender von Alstom Power Generation in Mannheim. *Richard Detje* ist Redakteur der Zeitschrift Sozialismus und Mitarbeiter von WISSENTransfer. *Klaus Dörre* ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. *Rolf Gehring* ist Gewerkschaftssekretär in der IG Metall Verwaltungsstelle Hannover. *Babette Haas* ist Leiterin des Ressorts Betriebswirtschaft beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt a.M. *Frank Iwer* ist Gewerkschaftssekretär im Funktionsbereich Tarifpolitik beim Vorstand der IG Metall. *Paul Oehlke* ist Mitarbeiter beim Projektträger DLR, Bereich Europäische Programme/Innovative Arbeitsgestaltung, in Bonn. *Jürgen Peters* ist 1. Vorsitzender der IG Metall. *Klaus Pickshaus* ist Leiter des Projekts Gute Arbeit und des Ressorts Arbeits- und Gesundheitsschutz beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt a.M. *Thomas Sablowski* ist Mitarbeiter im Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). *Dieter Sauer* ist Sozialforscher am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) in München und Honorarprofessor für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. *Armin Schild* ist Leiter des Bezirks Frankfurt der IG Metall. *Michael Schumann* ist Präsident des Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) in Göttingen. *Hans-Jürgen Urban* ist Leiter des Funktionsbereichs Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen/Strategische Planung beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt a.M. *Hilde Wagner* ist Leiterin des Ressorts Grundsatzfragen im Funktionsbereich Tarifpolitik beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt a.M. *Detlef Wetzel* ist Leiter des Bezirks Nordrhein-Westfalen der IG Metall.

Aktivitäten auf den Betrieb zielt. Gewollt ist eine Wiederbelebung der gewerkschaftlichen Betriebspolitik. Durch die Abkehr von einer Politik der Kostensenkung und der Hinwendung zu einer Politik der Produktivitätssteigerung sollen klassische win-win-Situationen für Unternehmen und Gewerkschaften geschaffen werden, die beschäftigungs-, verteilungs-, aber auch arbeitspolitisch nutzbar sind, indem die Befürwortung eines Produktivitätspaktes von Gewerkschaften und Betriebsräten gekoppelt ist mit anti-tayloristischer Gestaltung der Arbeit. Im Zentrum dieser Strategie steht der Betrieb. Gewerkschaftliche Erfolge und damit der Gebrauchswert der Gewerkschaft sollen im Betrieb wieder erfahrbar werden. Beispielhaft verfolgt u.a. die IG Metall in NRW diesen Kurs.

Der andere Strategieansatz fordert eine Erweiterung des Mandats der Gewerkschaften ein: Statt sich auf den Betrieb zu konzentrieren, sollten Gewerkschaften den „ganzen Menschen“ mit all seinen Interessen an gesellschaftlicher Teilhabe und Emanzipation in den Blick nehmen. Es geht dabei um die Erweiterung des Organisationsfeldes, die offensive Wahrnehmung eines erweiterten Mandats und verstärkte Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Kräften und sozialen Bewegungen.

Die IG Metall beginnt mit der Vorbereitung des nächsten Gewerkschaftstages. Sofern die unrühmliche Debatte um „Modernisierer“ und „Traditionalisten“ auf dem letzten Gewerkschaftstag überwunden werden kann zugunsten der u.a. in diesem vorliegenden Band aufgeworfenen Fragen gewerkschaftlicher Strategie, wäre der Fortschritt in der Diskussionskultur der IG Metall unübersehbar.

brr

beschäftigt hochwertige und sinnvolle Produkte und Dienstleistungen. Sie unterstützen die Strukturentwicklung in ihren Regionen und stärken die Kaufkraft. Durch die Bündelung verschiedenster Finanzierungsquellen stoßen sie – oft in Kooperation mit gewerblichen Unternehmen – zusätzliche Vorhaben und Aufträge an und leisten dadurch einen Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Wirtschaft.“ (Aus dem „Leitbild & Strukturen“ unter www.bagarbeit.de)

Auf einer Arbeitskonferenz im Dezember 2005, die die Linkspartei.PDS Niedersachsen zur Vorbereitung der Kommunalwahlen durchführte, wurde u.a. entlang dieses Textes in einer Arbeitsgruppe (Hartz IV / Mindestlohn) diskutiert. Die BAG Arbeit fordert für die ARGEs (d.h. Arbeitsgemeinschaften, die, gesteuert von Kommunen und den Agenturen für Arbeit, für die Auszahlung des ALG II und die Wieder-Eingliederung von Bezieher/innen von ALG-II in den ersten Arbeitsmarkt zuständig sind) und für die „optierenden Kommunen“ (d.h. Kommunen, die diese Wiedereingliederung von ALG-II-Beziehern in den ersten Arbeitsmarkt weitgehend in eigener Regie durchführen) volle Budgethöheit. Sie tritt dafür ein, die aktiven und passiven Eingliederungsleistungen zusammenzufassen, um statt Arbeitsgelegenheiten mit 1 € Mehraufwandsentschädigung auch die sogar laut Gesetz mögliche Entgeltvariante für sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse anzuwenden und auf diese Weise eine tatsächlich regionalisierte Arbeitsmarktpolitik mit Brücken zum ersten Arbeitsmarkt weiterentwickeln zu können. Leider ist der Gesichtspunkt „Von Arbeit muss man leben können!“ und die mögliche Bezugnahme auf die Notwendigkeit der Bezahlung der Arbeit zu einem gesetzlichen Mindestlohn bzw. tariflichen Bedingungen im Papier nicht enthalten.

Durchaus beachtenswert ist auch der Ansatz der BAG, eine „Marktersatzquote für öffentlich geförderte Beschäftigung in Höhe von 1,5 Prozent der Erwerbsbevölkerung“ einzuführen. Die Nähe zu Vorstellungen eines Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) ist offensichtlich. Im Oktober 2005 waren im Bereich ABM und Arbeitsgelegenheiten fast 300.000 Menschen tätig (siehe Dokument). Die BAG will eine Erhöhung auf 1,5% und damit 650.000 Beschäftigungsverhältnisse.

Sicher ist das Interesse des BAG-Umfelds an Sicherung der eigenen Arbeitsplätze zu berücksichtigen. Aber Tatsache ist auch, dass der real existierende Arbeitsmarkt gegenüber einer großen Gruppe von Langzeitarbeitslosen versagt hat und Ideen der Entwicklung einer solchermaßen strukturierten regionalen Arbeitsmarktpolitik geprüft werden müssen. Die 1,5% wären dann ein-

erseits eine Gesamtbeschränkung für diese Form von Beschäftigung, zum anderen der Versuch einer Arbeitsmarktpolitik, sich in tatsächlicher Nähe zum ersten Arbeitsmarkt zu positionieren, anstatt weiterhin in einer Grauzone Zusätzlichkeit und öffentliches Interesse begründen zu müssen.

mio

Empfehlungen der bag arbeit e.V. zur Weiterentwicklung der Integrationsarbeit im Rahmen des SGB II

Seit fast elf Monaten ist das neue Gesetzbuch in der Umsetzungsphase. Es sind mittlerweile 356 ARGEs und 69 kommunale Steuerungseinheiten entstanden, die parallel zur Verwaltung des neuen Arbeitslosengeldes II im Rahmen einer neuen regionalen Arbeitsmarktpolitik Eingliederung für die LeistungsempfängerInnen planen und bewilligen müssen. Im Oktober 2005 waren von unserer Zielgruppe im SGB II 35.684 Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), 263.450 in Arbeitsgelegenheiten (darunter 252.601 in Zusatzjobs und 10.849 in Entgeltvarianten), 32.644 haben eine Weiterbildung begonnen, 41.624 waren in Trainingsmaßnahmen und 9.058 versuchen ihren Weg mit Einstiegsgeld.

Die neue regionale Arbeitsmarktpolitik und ihre Perspektiven

Welche Chancen hatte die neue regionale Arbeitsmarktpolitik 2005? Die neuen Aufgabenträger haben bei Stunde Null angefangen, mit einem neuen Gesetzbuch und mit neuen noch nicht erprobten und zum Teil noch nicht festgelegten Strukturen. Die Zielsetzung – ein Betreuungsschlüssel 75:1 – war nicht zu realisieren und in den meisten Fällen mussten die Schlüsselfiguren des individuellen Forderns und Förderns, die Fallmanager, noch geschult werden.

Die Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen haben Arbeitsgelegenheiten bereitgestellt, in die bis Mitte des Jahres nur schleppend zugewiesen werden konnte. Dies bedeutete, dass die Arbeitsplätze auf eigene Kosten von den Betrieben frei gehalten werden mussten, eine Situation deren volle Konsequenz noch nicht vollständig abzuschätzen ist und die sich auf jeden Fall nicht wiederholen darf – sonst brechen für die FallmanagerInnen und die Aufgabenträger Möglichkeiten der künftigen schnellen und passgenauen Zuweisung weg.

Die ARGEs und optierenden Kommunen brauchen vor Ort volle Budgethöheit. Nicht verausgabte Mittel in einem Jahr müssen übertragbar sein, um eine langfristige und sinnvolle Mitteleinsatzplanung zu ermöglichen und zu verhindern, dass im Herbst „auf Tempo“ zugewiesen werden muss. Sie kennen ihren Arbeitsmarkt und sie wissen, wann die Mittel effektiv einzusetzen sind.

Vorschläge zur Entwicklung einer regionalen Arbeitsmarktpolitik

Wir dokumentieren unten aus den „Empfehlungen...“ der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit e.V. (BAG Arbeit), die im November 2005 verfasst worden sind und in denen eine durchaus kritische Bilanzierung der mit Hartz IV und den Änderungen des SGB II eingeleiteten neuen regionalen Arbeitsmarktpolitik vorgenommen wird.

Bei der BAG Arbeit handelt es sich um den wohl wichtigsten Zusammenschluss von Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen in der Bundesrepublik: „Wir wollen, dass jeder Mensch zur selbstbestimmten Teilhabe an der Gesellschaft die Chance auf Arbeit und Bildung erhält.“ – „Unsere Mitgliedsbetriebe erstellen mit ihren Be-

Als Verband haben wir uns sehr stark dafür eingesetzt, dass die Entgeltvariante in das Gesetz einbezogen wurde und freuen uns, dass einige Arbeitsgemeinschaften das Potenzial dieses Instruments erkannt haben und nutzen. Voraussichtlich wird weiterhin in den Unternehmen die Mehrzahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Zusatzjobs (sozialrechtliche Arbeitsverhältnisse) umgewandelt, bei denen eine Mehraufwandsentschädigung (MAE) für die Langzeitarbeitslosen von € 1,- bis 1,50 pro Stunde gezahlt wird. Für die neuen Aufgabenträger findet diese Umwandlung aus rein fiskalischen Gründen statt. Für uns stellt die Umwandlung eine gravierende inhaltliche Veränderung der bisherigen betrieblichen Verhältnisse und der arbeitsrechtlichen Zusammenarbeit mit den Beschäftigten dar. Die fiskalischen Einsparungen für den Staat sind dabei keine echten Ersparnisse, sondern lediglich eine buchhalterische Darstellung.

Die neuen Aufgabenträger erhalten ein Eingliederungsbudget, aus dem die Kosten der aktiven Eingliederungsleistungen (darunter öffentlich geförderte Beschäftigung) zu bestreiten sind. Die entstehenden Kosten für Grundsicherung und andere passive Leistungen hingegen werden direkt vom Bund bzw. der Kommune voll erstattet. Bei der Entscheidung, welche Art der öffentlich geförderten Beschäftigung künftig für Langzeitarbeitslose zu einer Integration führen könnte, muss der neue Aufgabenträger entscheiden, ob die Lohnkosten des Arbeitslosen für einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz komplett aus dem begrenzten Eingliederungsbudget vor Ort bezahlt werden sollen oder ob durch die Errichtung einer Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung nur die realen Entgeltkosten (€ 180) zzgl. Fahrtkosten vor Ort refinanziert werden müssen. Ein Transfer zwischen beiden Haushalten der aktiven und passiven Leistungen ist nicht möglich. Viele Aufgabenträger werden deswegen die Auswahl nicht nach inhaltlichen Kriterien sondern auf Grund budgetärer Überlegungen treffen.

Propagiert wird, dass die Errichtung der Arbeitsgelegenheiten für den Staat kostengünstiger sei, da nur die Mehraufwandsentschädigung bezahlt werden muss. Dies ist ein Trugschluss: Eine echte Ersparnis im Hinblick auf die realen Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit für den Staat wird nicht erreicht, sondern es wird lediglich eine Verlagerung der Kosten innerhalb verschiedener Haushalte vorgenommen. Dafür findet eine Eingrenzung der Entscheidungsmöglichkeiten der Aufgabenträger sowie eine Verschlechterung der inhaltlichen Arbeit vor Ort statt. Integrationschancen werden nicht wahrgenommen.

Der hohe Integrationsgrad der Entgeltvariante muss besser ausgeschöpft

werden. Der sozialversicherungspflichtige Arbeitsplatz hat in unseren Betrieben eine inhaltliche Begründung. Um diese inhaltliche Arbeit weiterführen zu können, fordern wir die Möglichkeit der Übertragung der Mittel für passive Leistungen in das aktive Leistungsbudget zur Refinanzierung eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatzes. Dies kostet den Staat keinen Cent mehr, eröffnet aber eine Vielzahl von Integrationsmöglichkeiten in den Regionen und beinhaltet eine Steigerung unseres Produktivitätspotenzials. (...)

Alles neu?

(...) Wichtig für die erfolgreiche Integrationsarbeit war damals und bleibt, dass öffentlich geförderte Beschäftigung sinnstiftend, qualifizierend und integrativ wirkt. Um ausreichend Arbeitsplätze und -gelegenheiten nach diesen inhaltlichen Kriterien zu schaffen, ist es wichtig, dass die Akteure vor Ort im Konsens entscheiden, welche Art der drei Arbeitsbeziehungen für den Einzelnen integrierend wirkt (Entgeltvariante, Mehraufwandsvariante oder ABM), welche Dauer die Arbeitsverhältnisse haben sollen, welche Zielsetzung mit der Integrationsarbeit verfolgt wird und wo sie stattfindet. Eine Vielzahl der zukünftigen Zusatzjobs muss eine Arbeitsmarktrelevanz haben. Hierzu müssen für die sozialrechtliche Arbeit (Zusatzjobs) bei nachvollziehbarer Begründung der Verbesserung der Integrationschancen und im Konsens mit der allgemeinen lokalen Wirtschaft auch marktnahe Einsatzfelder ermöglicht werden. Durch eine zu enge Definition gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit können vor Ort nicht ausreichend wirkungsvolle Arbeitsplätze und -gelegenheiten geschaffen werden. (...)

Marktersatzquote

Eine Vielzahl der gegenwärtigen Zusatzjobs wurde früher als sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Langzeitarbeitslose von den Ämtern gefördert. Diese Arbeiten wurden immer im Konsens verrichtet und waren ein Bestandteil einer Integrationsleiter, deren Inhalt mehr als nur die Feststellung der Arbeitsbereitschaft oder ein kurzzeitiges Beschäftigungsangebot war. Auch heute versuchen die Beschäftigungsunternehmen diese Inhalte der Qualifizierung und den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit für die TeilnehmerInnen in den Zusatzjobs qualitativ zu sichern.

Im Bereich ABM und Arbeitsgelegenheiten werden gegenwärtig etwas mehr als ein halbes Prozent der gesamten Erwerbsbevölkerung beschäftigt. Für viele dieser Beschäftigten ist dies die einzige Möglichkeit, nah am Erwerbsleben zu bleiben für andere stellt sich die Frage, ob eine dauerhafte Eingliederung in den 1. Arbeitsmarkt überhaupt reali-

sierbar ist. Dies betrifft insbesondere die Zielgruppen 45+ und die Jugendlichen. Zur Lösung vieler der in diesem Papier genannten Steuerungsprobleme in der Arbeitsmarktpolitik schlagen wir vor, eine Marktersatzquote einzuführen, die den ARGEN und optierenden Kommunen eine wirklich regionale Arbeitsmarkt- und Eingliederungspolitik und unbürokratisches Handeln ermöglicht. Hierzu schlagen wir den politischen Entscheidungsträgern vor, die Quote auf Bundesebene auf 1,5 Prozent der Gesamterwerbsbevölkerung festzulegen, die Gesamtanzahl der Arbeitsplätze dann regional differenziert nach Indikatoren unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten und der strukturellen Defizite aufzuteilen und diese Festlegung im Konsens mit allen Akteuren der Arbeitsmarktpolitik zu vereinbaren. Innerhalb dieser regionalen Quoten müsste im 2. Schritt dann eine Art „Integrationsleiter“ regional erarbeitet werden, mit verschiedenen Bausteinen und Ein- und Ausgangsstufen, die die erforderlichen unterschiedlichen Integrationsziele, Integrationsdauer und Marktbeteiligung regelt und widerspiegelt. Innerhalb dieser Quote wäre es wichtig die Organisation der öffentlich geförderten Beschäftigung zu strukturieren, die Art der Qualitätssicherung zu eruieren und die Integrationsziele festzulegen. (...)

Empfehlungen der bag arbeit 2005

- Die Umsetzung des SGB II muss 2006 vollständig regionalisiert werden.
- Die ARGEN und optierenden Kommunen brauchen vor Ort volle Budgethoheit.
- Die ARGEN und optierenden Kommunen müssen die Möglichkeit der Übertragung der Mittel für passive Leistungen in das aktive Leistungsbudget zur Refinanzierung eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatzes haben, zur Gleichstellung der beiden Varianten der Arbeitsgelegenheiten und um ihre inhaltlichen Handlungsmöglichkeiten zu erhöhen.
- Die Pauschalen für die Zusatzjobs müssen Qualität und Qualifizierung für die Zusatzjobber absichern.
- Eine Vielzahl der zukünftigen Zusatzjobs muss eine Arbeitsmarktrelevanz haben.
- Eine Marktersatzquote für öffentlich geförderte Beschäftigung in Höhe von 1,5 Prozent der Erwerbsbevölkerung sollte eingeführt werden.
- Die neuen Förderstrukturen für Berufsvorbereitende Maßnahmen müssen überarbeitet werden.
- Es darf nicht weiter an den Instrumenten für Jugendliche gekürzt werden oder die Inhalte aus den unterschiedlichen Instrumenten zusammengelegt werden, sondern die volle Bandbreite muss qualitativ aktiviert werden.

Erfurt, 14. November 2005

Grundgesetzwidriges und integrationsfeindliches Sonderrecht gegen Muslime

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD), der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland und die Islamische Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg (IGBW) haben den Rechtsanwalt und Publizisten Rolf Gössner um eine „rechtspolitisch-gutachterliche Stellungnahme“ zu dem umstrittenen baden-württembergischen „Gesprächsleitfaden für Einbürgerungsbehörden“ gebeten. Am 12.1. hat Gössner, der auch Vorsitzender der Internationalen Liga für Menschenrechte ist, die Stellungnahme vorgelegt, am 23.1. haben die muslimischen Verbände sie in der Landespressekonferenz Stuttgart der Öffentlichkeit vorgestellt.

Ihr Ergebnis ist eindeutig: „Der Gesprächsleitfaden muss aus verfassungs- und datenschutzrechtlichen sowie aus rechtspolitischen Gründen so schnell wie möglich zurückgezogen werden. Er schadet auch integrationspolitisch weit mehr, als er nützt. Mit der Beendigung dieser Praxis wäre auf diesem Gebiet auch die eklatante Ungleichbehandlung von Muslimen behoben.“

Theoretisch könnte, so Gössner, diese Ungleichbehandlung auch dadurch beendet werden, dass in Zukunft alle Einbürgerungswilligen mit diesem Gesprächsleitfaden konfrontiert würden. „Gegen eine weitere Verwendung des Gesprächsleitfadens spricht allerdings, dass die darin enthaltenen Fragen für sich genommen diskriminierenden, inquisitorischen und vorurteilsbeladenen Charakter haben und zudem für den angestrebten Zweck, das Bekenntnis zum GG zu überprüfen, weitgehend untauglich sind. Auch eine nichtdiskriminierende Anwendung des Gesprächsleitfadens auf alle Einbürgerungswilligen wäre deshalb in hohem Maße problematisch. Denn die über den Vorwurf der Ungleichbehandlung hinausgehenden verfassungsrechtlichen und rechtspolitischen Einwände gegen die Fragestellungen und das Prozedere wären damit nicht aus dem Weg geräumt.“

Betroffene, die in ihrem Einbürgerungsverfahren mit diesem Fragebogen konfrontiert werden, sollten deshalb, so der Rat Gössners, auf die Fragen aus dem Gesprächsleitfaden möglichst nicht antworten und mit Verweis auf die öffentliche Debatte und auf die verfassungsrechtlichen Bedenken erklären, dass sie zunächst Rechtsrat einholen wollten. Daraus dürfe ihnen kein Nachteil entstehen.

Sollte ihre Einbürgerung aufgrund dieses durchgeführten Gesinnungstests abgelehnt werden, so Gössner weiter, dürfte es sich in vielen Fällen lohnen, den Verwaltungsrechtsweg zu beschreiten, also gegen die Ablehnung zu klagen. Falls von den Behörden keine weiteren Gründe – z.B. Mitteilungen des Verfassungsschutz – vorgelegt würden, hätten solche Klagen durchaus Aufsicht auf Erfolg, meint der Anwalt. Falls die erforderlichen Voraussetzungen gegeben seien, sollte auch eine Verfassungsbeschwerde gegen die Gesinnungstests geprüft werden.

Sonderrecht für Muslime

Das baden-württembergische Innenministerium begründet den Gesprächsleitfaden, der seit 1.1.06 Anwendung findet, damit, dass das Bekenntnis zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ bei der Einbürgerung keineswegs als Formalie gehandelt werden dürfe, sondern überprüft werden müsse.

Dass schon das bestehende Einbürgerungsrecht eine Fülle von Hürden enthält – in der Regel acht Jahre Aufenthalt vor Einbürgerung, Bestreitung des Lebensunterhalts aus eigener Arbeit, Deutschkenntnisse, Überprüfung durch den Verfassungsschutz, Gebühren von 500 Euro pro Einbürgerung usw. – mit der Folge, dass die BR Deutschland noch immer eines der europäischen Länder mit der geringsten Einbürgerungsquote ist, ignorieren die Landesregierung in Baden-Württemberg und die anderen Unionsländer dabei vollständig.

Hinzu kommt, dass der Gesprächsleitfaden keineswegs an irgendwelchen „Verdachtsgründen“ anknüpft, sondern schlicht an der vermuteten Religion „muslimisch“. Betroffen, so Gössner, seien Einbürgerungsbewerber aus 57 islamischen Ländern mit hohem muslimischen Bevölkerungsanteilen, darunter Staaten wie die Türkei, Iran, Afghanistan, Indonesien usw. Das betrifft rund 60 % aller im Jahr 2004 in Baden-Württemberg Eingebürgerten. Gössner verweist auf eine Pressemitteilung des baden-württembergischen Innenministeriums vom 14.12.05. Darin habe das Ministerium explizit von „Zweifeln, ob bei Muslimen generell davon auszugehen sei, dass ihr Bekenntnis bei der Einbürgerung auch ihrer tatsächlichen inneren Einstellung entspricht“, gesprochen. Mit sonstigen Einbürgerungsbewerbern werde ein solches Intensivgespräch nur dann geführt, „wenn bekannt sei, dass sie islamischen Glaubens seien oder bei denen im Einzelfall Zweifel an der Ernsthaftigkeit ihres Bekenntnisses“ (ebenda) bestünden.

Das Innenministerium begründet seine pauschalen Verdächtigungen von Personen muslimischen Glaubens mit vier „Erkenntnissen“:

1. habe eine Untersuchung des Zen-

tralinstituts Islam Archiv ergeben, dass 21% der in Deutschland lebenden Muslime der Auffassung seien, das Grundgesetz sei nicht mit dem Koran vereinbar.

2. Nach diversen Veröffentlichungen würden „mitten in Deutschland die Menschenrechte Tausender islamischer Frauen mit Füßen getreten, weil sie in ihren Familien praktisch wie Sklavinnen ... gehalten würden“,

3. komme hinzu, „dass gerade bei Muslimen Tendenzen zur Abgrenzung von der deutschen Bevölkerung zu beobachten seien“. Das komme auch in Begründungen von Tätern so genannter „Ehrenmorde“ wie im letzten Jahr bei dem Mord an der türkisch-stämmigen Berlinerin Hatun Sürütü zum Ausdruck.

4. stünden Menschenrechte im Islam generell unter dem Vorbehalt der Vereinbarkeit mit der Scharia.

Dass analoge Vorwürfe auch gegen christliche Fundamentalisten oder die katholische Amtskirche vorgebracht werden könnten (Stichworte Abtreibung, Gleichberechtigung der Frau ...), stört die baden-württembergischen Behörden dabei nicht im Geringsten.

In einer kürzlich in der „Zeit“ veröffentlichten Erklärung haben zahlreiche Migrationsexperten zudem darauf hingewiesen, dass nicht wenige der von den Innenministern für ihre Behauptungen herangezogenen Veröffentlichungen (etwa das von Ex-Innenminister Schily öffentlich empfohlene Buch von Necla Keleks „Die fremde Braut“) unwissenschaftlich und unseriös argumentierten. „Dass Politik mit Hilfe der Medien zur Verbreitung solch unseriöser Literatur beiträgt, um eigene integrationspolitische Fehler im Umgang mit dem Thema Zuwanderung zu verschleiern – diese Entwicklung beobachten wir mit Besorgnis“, heißt es da (in: „Gerechtigkeit für die Muslime!“, Die Zeit, 04/2006). Arrangierte Ehen beispielsweise seien eine Folge von Heiratsmärkten zwischen Herkunfts- und Einwanderungs ländern und damit „das Ergebnis der Abschottungspolitik Europas gegenüber geregelter Einwanderung“. Sie seien damit „ein politisches und kein moralisches Problem“.

Trotzdem scheinen die Innenminister fest entschlossen, nun die Ernte solch unseriöser Veröffentlichungen einzuholen. Alle einbürgerungswilligen Muslime müssen nun jedenfalls in Baden-Württemberg, ohne dass sie hierfür einen konkreten Anhaltspunkt bieten, erklären, ob sie möglicherweise frauenfeindlich, kriminelle, terroristisch oder verfassungsfeindlich sind, ob sie ihre Frauen schlagen, mit zwei Frauen gleichzeitig verheiratet sein wollen, ob sie ihre Töchter einsperren, ihre Kinder am Sportunterricht hindern wollen, eine Frau oder einen Homosexuellen in leitender beruflicher Stellung oder in

der Politik nicht anerkennen, einen schwulen Sohn verstoßen würden usw. usf. „Mit den teils moralisch aufgeladenen Fragen wird letztlich klischeehaft unterstellt, dass Muslime grundsätzlich, zumindest tendenziell demokratiefrem und verfassungsfeindlich eingestellt seien, gewaltgeneigt bis terroristisch, Frauen unterdrückend, antisemitisch, homophob und bigamistisch“, so Gössner.

Keine Verfassungsrelevanz

Viele dieser Fragen hätten zudem, so Gössner weiter, gar keine Verfassungsrelevanz. Fragen nach dem Verhalten bei Verletzung religiöser Gefühle oder im Fall von Beleidigungen, nach dem Verhalten gegenüber weiblichen Autoritätspersonen, nach der Wahl eines Arztes oder einer Ärztin, der Einmischung in die Berufswahl der Kinder oder in deren Teilnahme am Sportunterricht oder nach homosexuellen Söhnen oder Politikern hätten allesamt „nichts mit der Verfassungskonformität oder Verfassungsfeindlichkeit“ zu tun. Sie schlossen weit über die zulässigen Fragen nach der Verfassungstreue hinaus und seien schon deshalb unzulässig.

Unpräzise, unverständlich

Andere Fragen, in denen direkt nach der Einstellung zur Verfassung gefragt werde, seien unverständlich und unpräzise. So werde in Frage 2 gefragt: „Was halten Sie von folgender Aussage: Demokratie ist die schlechteste Regierungsform, die wir haben, aber die beste, die es gibt.“ Wer der Frage zustimme, so Gössner, stufe damit die Demokratie als „schlechteste Regierungsform, die wir haben“, ein. Sei das möglicherweise ein Ablehnungsgrund? Gössner verweist darauf, dass die Frage fast identisch sei mit einer berühmten Aussage des britischen Premierministers Winston Churchill. Churchill hatte am 11. November 1947 im britischen Unterhaus erklärt: „Demokratie ist die schlechteste Regierungsform – außer all den anderen Formen, wie sie von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“ Wenn eine Zustimmung zu Frage 2 als Ablehnungsgrund gelte, so Gössner, wäre der britische Premier niemals deutscher Staatsbürger geworden.

Ungeeignet, unverhältnismäßig

Hinzu komme, so Gössner weiter, dass die Fragen auch einfach ungeeignet seien. Ihm sei jedenfalls kein Fall bekannt, in dem ein (potentieller) Terrorist anhand solcher Selbstauskünfte entdeckt worden sei. „Hängen bleiben wohl eher die arglosen Kandidaten“. Zudem stünden die meisten Fragen in keinem angemessenen Verhältnis zu ihrem Zweck, verstießen also gegen den verfassungsmäßigen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

Gesinnungsschnüffelei, Verstoß gegen Datenschutz und Informationelle Selbstbestimmung

Etliche Fragen verstießen zudem gegen den Schutz der Intimsphäre und des Kernbereichs privater Lebensgestaltung – so zum Beispiel Fragen nach familiären Verhaltensweisen oder sexueller Orientierung. „Viele Antworten auf die Fragen des Gesprächsleitfadens gehen den Staat prinzipiell nichts an – etwa die Einstellung zum Schwulsein. Wie überhaupt den Staat die Gesinnung und Lebensführung seiner Bürger prinzipiell nichts angehen – es sei denn, dabei geht es um Gesetzesbruch bzw. strafbare Handlungen.“

Die Fragen erinnerten ihn stark an die Gesinnungstests der berüchtigten Berufsverbote der 70er und 80er Jahre, so Gössner weiter. Europäische Gerichte haben solche Fragen und darauf basierende Entscheidungen inzwischen mehrfach als verfassungs- und menschenrechtswidrig abgelehnt.

„Alles in allem ist festzustellen, dass es sich bei dem Gesprächsleitfaden entweder um irrelevante oder wirklichkeitsfremde Fragen handelt oder um unzulässige Fang- und Suggestivfragen.“ „Sie sind für ein Einbürgerungsverfahren ungeeignet, weil es hier um die Abfrage von Weltanschauungen geht, die in einer pluralen Gesellschaft nicht nur erlaubt, sondern qua Verfassung toleriert werden. Von den Neubürgern soll offenbar mehr erwartet werden, also von Durchschnittsdeutschen.“

Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot

Schließlich, so Gössner, verstöße schon allein die Tatsache, dass der Gesprächsleitfaden pauschal bei Muslimen zum Einsatz kommen solle, gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz nach Art. 3 GG. „Nach Art. 3 Abs. 1 GG sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich.“ In Absatz 3 heiße es dann sogar ausdrücklich: „Niemand darf wegen ... seiner Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Im vorliegenden Fall aber würden alle Menschen (mutmaßlich) muslimischen Glaubens gegenüber anderen (Nicht-muslimen) ungleich behandelt und damit benachteiligt. Das sei sachlich nicht gerechtfertigt, sondern willkürlich und ein Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot. Dieses Diskriminierungsverbot aber habe die Bundesrepublik auch in internationalen Abkommen als allgemeines Menschenrecht anerkannt, so in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO, im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und in der Europäischen Menschenrechtskonvention. Zudem untersage auch die Anti-Diskriminierungsrichtlinie der EU (2000/43/EG, Amtsblatt Nr. L 180 v. 19.7.2000, Seite

22 – 26) ein solches Verfahren.

Einbürgerung rückläufig, Abschottung steigt

Der Sprecher des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Mounir Azzaoui, hat auf einer gleichzeitigen Pressekonferenz am 23. Januar in Berlin verlangt, der baden-württembergische Gesprächsleitfaden müsse zurückgezogen werden. Das ist auch die Position der anderen muslimischen Verbände.

Irgendwie scheint inzwischen auch den Unionsparteien zu schwanen, dass sie zu weit gegangen sind. An der Absicht, die Bundesrepublik weiter gegen Einwanderung abzuschotten und Einbürgerungen noch mehr zu erschweren, wollen sie aber festhalten. Auf einer Tagung der Unions-Innenminister am 2. Februar einigten diese sich nach Presseberichten auf einen 10-Punkte-Plan, der unter anderem erneute Änderungen im Zuwanderungsgesetz erreichen will. So sollen nun alle Einbürgerungswilligen zusätzlich zu den bisher schon bestehenden Hürden künftig auch einen „Informationskurs“ z.B. an Volkshochschulen besuchen, der mit einem Test endet, den sie bestehen müssen. Auch bei den Sprachtests sollen die Hürden höher als bisher gelegt werden. Die Innenminister von Bayern, Hessen und Niedersachsen wollen diese Ziele nun gemeinsam mit dem Vize-Fraktionschef der Union im Bundestag, Wolfgang Bosbach, in die Beratungen von Bundesrat und Bundestag einbringen.

Das Ergebnis wird weitere Abschottung sein. Dabei sind nach der rot-grünen Reform des Einbürgerungsrechts 1999 ohnehin die jährlichen Einbürgerungszahlen nur vorübergehend angestiegen und seit 2000 kontinuierlich rückläufig. Am 20. Juli 2005 veröffentlichte das Statistische Bundesamt die bisher letzten Einbürgerungszahlen für 2004. Hier die damit verbundene Tabelle der Einbürgerungen in den letzten fünf Jahren:

Jahr	Einbürgerungen
2000	186.688
2001	178.098
2002	154.547
2003	140.731
2004	127.150

Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 20.7.2005, www.destatis.de

Das Statistische Bundesamt nennt ebenfalls für 2004 für die „ausländische Wohnbevölkerung“ in der Bundesrepublik eine Zahl von 7,288 Millionen Personen. Das bedeutet: Blieben die Einbürgerungszahlen so niedrig wie 2004, würde es noch 57 Jahre dauern, bis alle in der Bundesrepublik lebenden Personen ausländischer Staatsangehörigkeit eingebürgert wären. Der Union ist offenbar selbst diese skandalös niedrige Einbürgerungsquote noch viel zu hoch.

rü



Rosa-Luxemburg-Stiftung

Tagungen und Konferenzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung im März

Rosa Luxemburg und die Diskussionen der Linken in der Gegenwart

mehr. Die Beschäftigung mit Rosa Luxemburg liefert vielfältige Ansätze für die Entwicklung der linken sozialistischen Bewegung. Die Konferenz will diese Erkenntnisse für aktuelle politische Debatten nutzbar machen. *Termin: 3.3. bis 4.3.* Ort: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin. Kontakt: Dr. Wolfgang Bey, Tel:030 44310161

Dem Kapital auf der Spur: Kritische Aktionäre 1986-2006

mehr. Für mehr Umweltschutz und mehr soziale Gerechtigkeit argumentieren Kritische Aktionärinnen und Aktionäre seit Mitte der 1980er Jahre in den Hauptversammlungen deutscher Konzerne. Am 23. Februar 2006 jährt sich die Gründung ihres Dachverbands zum 20. Mal. Mit: Helmut Paschlau, Gründungsmitglied des Dachverbands Kritischer AktionärInnen; Ulla Lötzer MdB, Köln; Torsten Keltsch, Jurist, Universität Leipzig; u.v.a.m. *Termin: 4.3. 12 Uhr bis 4.3. 19 Uhr* Ort: Hotel Regent, Melatengürtel 15, 50933 Köln. Kosten: 25 EUR. Kontakt: RLS-NRW, Tel:0203 3177392

Neue Chancen – alte Kämpfe. Geschlechterverhältnisse in den Debatten der Linken. Reihe „Gesellschaftspolitisches Forum“. *Termin: 10.3. 10 Uhr bis 11.3. 14 Uhr* Ort: Mainz. Kontakt: Dr. phil. Eva Schäfer, Tel:030/44310 133, Fax:030 44310 222

Leben oder Überleben? Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter globaler Umweltkrisen. Reihe „Gesellschaftspolitisches Forum“. *Termin: 17.3. bis 18.3.* Ort: Heidelberg. Kontakt: Dr. Klaus Meier, Tel:030 44310145

Eine neue Linke in Bayern? *Termin: 18.3. 11 Uhr bis 18.3. 19 Uhr* Ort: München. Kontakt: Dr. Florian Weis, Tel:030 – 44310 164

11. Februar. Hamburg. Landesmitgliederversammlung Linkspartei Hamburg.

11. Februar. Hannover. Landesparteitag Linkspartei Niedersachsen.

11. Februar, Berlin/Straßburg: Aktionen gegen die Bolkesteinrichtline vor dem Wirtschaftsministerium in Berlin und beim EU-Parlament. Aufrufer: DGB, attac u.a.

12. Februar. Karlsruhe. Landesmitgliederversammlung Linkspartei PDS Baden-Württemberg.

14. Februar, Strasbourg: Weitere Proteste gegen Bolkesteinrichtline rund um das EU-Parlament.

25. Februar. Fulda. Arbeitsausschuss Forum.

4./5. März. Mannheim. Bundesdelegiertenkonferenz der WASG. Verschoben auf 29.30. April wegen statutarischer Probleme. Stattdessen Wahlparteitag Landtagswahlen.

6. bis 9. April. Athen. Europäisches Sozialforum in Griechenland.

8./9. April. Frankfurt/Main. Jahreskonferenz Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Thema: Soziale Bewegungen (Mindestlohn, Arbeitszeit) in Europa und ihre Ergebnisse.

14. bis 17. April, bundesweit: Ostermärsche

29. und 30. April 2006, Halle: 10. Parteitages der Linkspartei PDS. Die 1. Tagung des 10. Parteitages wird sich mit einer

Analyse der politischen Situation unter den Bedingungen einer großen Koalition, nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sowie nach der Kommunalwahl in Hessen befassen. Die Tagung soll Schlussfolgerungen für die Arbeit der Linkspartei PDS, besonders für die 2006 noch bevorstehenden Wahlkämpfe zu den Landtagswahlen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und zur Kommunalwahl in Niedersachsen, ziehen. Neben dem Parteivorstand werden weitere Gremien der Linkspartei PDS gewählt werden.

29./30. April, Ludwigshafen. Bundesparteitag der WASG.

22. bis 26. Mai, Berlin: 18. Ordentlicher Bundeskongress des DGB: „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“.

24. Mai. Saarbrücken. 96. Deutscher Katholikentag. Motto: „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“.

3. bis 6. August. Linke Sommerschule. Der Ort steht noch nicht fest.

1./2. September, Rostock. Ostseefriedenskonferenz.

10. bis 15. September. Bayern. Papst Benedikt XVI. zu Besuch in Bayern.

27./28. November. Dresden. CDU-Parteitag, Wahl Vorstand.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemb.	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
	Sept.	Meck.-Pomm.	Landtag	17.9.	4 Jahre
	Sept.	Berlin	Land/Kom.	17.9.	5 Jahre
	Frühj.	Bremen	Landtag		4 Jahre
2007	Herbst	Bremerhaven	Kommunal		4 Jahre
	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
2008	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
2009	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre

Quellen: www.bundeswahlleiter.de, Landeswahlleiter